



Nr. 407 | 01.10.2021

Russland-Analysen

Duma- und Regionalwahlen

■ ANALYSE		
Der gleiche Eintopf, nur aufgewärmt: Die Dumawahlen 2021 und das zunehmend hegemonial-autoritäre Regime in Russland Tatiana Tkacheva (Higher School of Economics, St. Petersburg / Universität Helsinki)		2
■ ANALYSE		
Alexej Nawalnyj, »Smart Voting« und die Wahlen zur russischen Staatsduma 2021 Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen), Morvan Lallouet (University of Kent, Canterbury), Ben Noble (University College London)		5
■ KOMMENTAR		
Wahlen in der »Protestregion« Chabarowsk in Online- und sozialen Medien Tatiana Golova (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)		9
■ DOKUMENTATION		
Sonntagsfrage und Ergebnis der Wahl zur Staatsduma 2021		13
■ DEKODER		
Die Evolution der Duma Leonid Klimov und Dmitry Kartsev (dekoder)		20
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Wird (all)es nach den Wahlen wieder besser? Jens Siegert (Moskau)		25
<hr/>		
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 13. – 26. September 2021		28
<hr/>		
■ CHRONIK		
13. – 26. September 2021		30

Der gleiche Eintopf, nur aufgewärmt: Die Dumawahlen 2021 und das zunehmend hegemonial-autoritäre Regime in Russland

Tatiana Tkacheva (Higher School of Economics, St. Petersburg / Universität Helsinki)

DOI: 10.31205/RA.407.01

Zusammenfassung

Die Parlamentswahlen 2021 in Russland haben gezeigt, dass das Menü autoritärer Wahlmanipulationen zwar das alte bleibt, dass diese Manipulationen und die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Regimes aber ein beispielloses Niveau erreicht haben. Indem das Regime einige Korrekturen an diesem Instrumentarium vornimmt, bewegt es sich noch schneller in Richtung eines hegemonialen Autoritarismus.

Wahlen zur Staatsduma 2021: Der Kontext

Am 20. September 2021 hat die russische Zentrale Wahlkommission endlich die Ergebnisse der Wahl zur Staatsduma der 8. Legislaturperiode zusammengefasst. Das überraschendste und auf den ersten Blick ermutigende Ergebnis war die veränderte Anzahl der Parteien, die in das russische Parlament einziehen. Erstmals seit 2003 hat sie sich von vier auf fünf Parteien erhöht. Dies bedeutet allerdings keine Veränderung am politischen Status quo. *Einiges Russland*, die »Partei der Macht«, errang 324 der 450 Mandate im Parlament und sicherte sich dort für fünf weitere Jahre eine verfassungsändernde Mehrheit.

Angesichts des gegenwärtigen autoritären Kontexts in Russland ist dieses Ergebnis jedoch absehbar gewesen. Angesichts der abnehmenden realen Unterstützung für die Partei der Macht war allerdings zumindest ein geringeres Ergebnis für *Einiges Russland* erwartet worden. Selbst die kremlfreundliche *Stiftung Öffentliche Meinung* (FOM) erklärte im August 2021, dass der Anteil derjenigen, die *Einiges Russland* ihre Stimme geben wollen, bei nur 30 Prozent liegt. Vor den Wahlen von 2016 hatte dieser Wert noch 45 Prozent betragen. Wie war es also möglich, dass eine unpopuläre Partei wie *Einiges Russland* nahezu auf dem gleichen Niveau wieder eine überwältigende Mehrheit erringt?

Zum Teil wurde dies durch die Gestaltung der Wahlen erreicht. Die jetzigen Dumawahlen wurden – ganz wie die vorherigen Wahlen 2016 – nach einem gemischten Wahlsystem durchgeführt: Die Hälfte der Parlamentsmandate wird nach dem Stimmenanteil zugeteilt, den die Parteilisten erringen, die andere Hälfte der Mandate wird von den Kandidaten eingenommen, die in den Direktwahlkreisen gesiegt haben. 2016 wurden die Gewinne von *Einiges Russland* dadurch sichergestellt, dass sich die Wählerstimmen auch auf kleinere Parteien verteilten, die die Fünf-Prozenthürde nicht überwinden konnten. Durch den Sieg von *Einiges Russland* in knapp über 90 Prozent der Direktwahlkreise (was

keine Schwierigkeit darstellte, da die Kandidierenden für einen Sieg lediglich eine einfache Mehrheit erringen müssen), hat die Partei der Macht ihre Mehrheit auf 76,2 Prozent erhöhen können (die Verfassungsmehrheit liegt bei zwei Drittel der Sitze). Offensichtlich gab es keinen Anlass, die Regeln zu ändern, durch die *Einiges Russland* derart außerordentliche Ergebnisse erringt.

Allerdings erforderte die abnehmende Popularität von *Einiges Russland* einige zusätzliche Anstrengungen. Die meisten Strategien, die der Kreml einsetzt, stehen weitgehend im Einklang mit der wohlbekanntesten allgemeinen Logik des elektoralen Autoritarismus. Dabei haben diese Wahlen leichte Modifizierungen erkennen lassen, die auf eine weitere Verstärkung autokratischer Tendenzen hindeuten.

Wozu Wahlen in Autokratien und in Russland?

Zunächst ist der politische Wert von Wahlen in autoritären Systemen ambivalent. Einerseits wird argumentiert, dass Wahlen selbst unter den Bedingungen eines autoritären Systems zum Entstehen einer aktiven Zivilgesellschaft beitragen und neue Politiker:innen sowie Wähler:innen ermutigen und damit auch eine Demokratisierung fördern können. Andererseits legt eine Vielzahl empirischer Belege nahe, dass dies längst keine universelle Gültigkeit hat. Im Gegenteil: In Autokratien helfen Wahlen eher dem Autokraten, sein wichtigstes Ziel zu erreichen, nämlich langfristig das Überleben des Regimes zu sichern.

Die Art und Weise, in der Wahlen dabei helfen Autokratien aufrechtzuerhalten, sind unterschiedlich und können in jedem Land durch kontextspezifische Variationen ergänzt werden. Allgemein erfüllen Wahlen mit mehreren Parteien in Autokratien drei Hauptfunktionen: Erstens tragen sie dazu bei, die Eliten und andere gesellschaftliche Gruppen zu kontrollieren und eine potenzielle Bedrohung des Status Quo zu verringern.

Um die nötigen Wahlergebnisse zu erzielen, sind in Autokratien wie Russland individuelle Beiträge durch Anstrengungen und Ressourcen der Eliten zur Abwendung der subversiven Folgen von Wahlen notwendig, sei es durch Stimmenkauf oder Nötigung. Daher signalisieren geringe Umfragewerte (wie auch eine niedrige Wahlbeteiligung) einem Autokraten, ob seine Akteure inkompetent, illoyal und/oder unpopulär sind. Das ist ein Mittel, die Zusammensetzung der Eliten zu steuern.

Zweitens können Wahlen dazu beitragen, dass eine Opposition innerhalb der Eliten gespalten und entmuttert wird. Da die Wahlen in einem autoritären System kontrolliert werden, signalisieren die überwältigenden Siege des Machthabers den politischen Eliten, dass jeder Widerstand sinnlos ist, und dass von außerhalb des Regimes kein Zugriff auf Ressourcen möglich ist. Damit werden einer internen Opposition die potenziellen Konsequenzen aufgezeigt. Selbst dann, wenn innerhalb der herrschenden Koalition eine Opposition entstehen sollte, würden autoritäre Wahlen die Hochburgen der Opposition offenlegen und die von dort ausgehenden Gefahren mildern.

Drittens ermöglichen Wahlen in einem autoritären System eine Kooptierung potenzieller Rivalen. Selbst wenn außerhalb des Regimes eine Opposition aufkommen würde, könnte der Diktator dieser eine Beteiligung an Wahlen erlauben. Das würde Möglichkeiten eröffnen, in politische Ämter vorzurücken und würde den Weg zu Einnahmequellen öffnen sowie Gelegenheiten für eine begrenzte Teilhabe an Entscheidungen schaffen. Somit bieten Wahlen in autoritären Systemen gemischte Anreize für Parteien, die zwar zum herrschenden Regime in Opposition stehen, jedoch auch dessen Anreize nutzen und ihre politische Agenda vorantreiben wollen.

Die Wahlen zur russischen Staatsduma folgen exakt der Logik, die einer Aufrechterhaltung des Regimes dienen soll. Bei den Wahlen war eine massenhafte Mobilisierung der im staatlichen Sektor angestellten Wählerschaft zu beobachten (es gab lange Schlangen vor den Wahllokalen). Darüber hinaus erfolgte massive Wahlfälschung durch Mitglieder der lokalen Wahlkommissionen, was auf lokaler Ebene die Loyalität und Mobilisierungsfähigkeit von Akteuren des Regimes demonstriert. Die drastische »Säuberung« der politischen Landschaft, bei der im Vorfeld der Wahlen Nawalnyj-nahe Organisationen als extremistisch verboten und zahlreiche Strafverfahren gegen Aktivist:innen und starke Kandidierende der außersystemischen Opposition eingeleitet wurden und es zu anderen massiven Repressionen kam, haben die Möglichkeiten zur Konsolidierung der Protestwählerschaft stark eingeschränkt. Es belegte die unbegrenzte Macht des Regimes. Schließlich war auch der Einzug einer neuen Partei, der *Nowyje Ljudi* (dt.: »Neue Menschen«), in die neue Duma nichts als eine

Illustration autoritärer Kooptation, die sich allerdings auf die minimalen Bedürfnisse des Regimes beschränkte. Die *Neuen Menschen* werden allgemein als »Spoiler-Partei« betrachtet, konnten aber einige populäre Figuren mit liberalen Ansichten zu Politik und Regulierung von Wirtschaftstätigkeit zusammenbringen (etwa Sardana Awksentijewa, die ehemalige Bürgermeisterin von Jakutsk). Die dreizehn Mandate, die die Partei errang, bieten ihr eine Bühne, die allerdings nicht groß genug ist, um eine starke regimekritische Basis zu mobilisieren.

Diese etablierten Kanäle, über die das Regime aufrechterhalten wird, sind allerdings durch beispiellose Eingriffe modifiziert worden, von denen die meisten als Antwort auf die Nawalnyj-Kampagne für »Smart Voting« (»Kluges Wählen«) vorgenommen wurden.

Neue Geschmacksrichtungen auf der Speisekarte der Manipulationen

Vor den Regional- und Kommunalwahlen von 2019 hatte Alexej Nawalnyj ein neues Projekt mit dem Titel »Kluges Wählen« verkündet. Das wichtigste Ziel des Projekts bestand darin, den Anteil der Abgeordneten von *Einiges Russland* in den Regionalparlamenten zu minimieren, indem in den Direktwahlkreisen die Proteststimmen durch ein Votieren für bestimmte alternative Kandidierende gebündelt werden. Die Auswahl dieser alternativen Kandidierenden erfolgte mithilfe einer tiefgreifenden Analyse von Umfragen, früheren Wahlergebnissen und Expert:innenwissen. In jenen Wahlkreisen, in denen mehrere Abgeordnete zu wählen waren, wurden den Wähler:innen mehrere Namen empfohlen.

Diese Strategie ähnelte zwar technisch den Wahlempfehlungen, die in vielen Demokratien weit verbreitet sind, ist aber in einem offen autoritären Kontext ziemlich innovativ. Im Falle Russlands hatte sie zudem zwar einen beträchtlichen Unterschied hinsichtlich der Wahlergebnisse gemacht. So hatte beispielsweise bei den Kommunalwahlen 2019 in den Stadtbezirken von St. Petersburg das »kluge Wählen« die Ergebnisse der Kandidierenden von *Einiges Russland* erheblich beeinträchtigt und die Ergebnisse der durch diese Strategie empfohlenen Bewerber:innen im Schnitt um sieben Prozentpunkte erhöht. 2020 war dieser Effekt sogar noch stärker, da der Stimmenanteil der durch das »kluge Wählen« unterstützten Kandidierenden im Schnitt um zehn Prozentpunkte anstieg.

Im Jahr 2021 hat das Regime aber zurückgeschlagen. Zum einen wurde nach einem erfolgreichen Test bei der landesweiten Volksabstimmung über die Verfassungsänderungen 2020 eine Erweiterung auf drei Wahltage eingeführt. Diese Neuerung wurde offiziell mit der Corona-Pandemie begründet. In der Praxis führte sie jedoch zu einer extremen Wähler:innenmobilisierung, zu einer gewaltsamen Öffnung von Stimmzettelzählge-

räten (KOIB) (den sogenannten elektronischen Urnen) und von Schließfächern für Stimmzettel, zu Manipulationen, zum Einwurf zusätzlicher Stimmzettel in den Nächten zwischen den Wahltagen, sowie zu zahlreichen anderen Verstößen. Insgesamt wurden landesweit von unabhängigen Beobachter:innen rund 5.000 Beschwerden eingereicht bzw. Verstöße registriert. Zudem wurden offensichtliche Wahlfälschungen auch durch statistische Methoden festgestellt. Laut Sergej Schpilkin, einem Experten für das Aufspüren von Wahlmanipulationen, lag das »tatsächliche« Ergebnis der Kandidierendenliste von *Einiges Russland* bei 31–33 Prozent.

Zweitens stellte sich die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe als ein Instrument heraus, mit dem eine Konsolidierung der Opposition in Direktwahlkreisen bekämpft werden kann. Sie wurde in sieben Regionen getestet, hatte aber vor allem in Moskau dramatische Folgen. Diese Neuerung soll auch jenen Wähler:innen die Möglichkeit zur Stimmabgabe geben, die nicht ins Wahllokal kommen können (sie galt vor allem als Maßnahme gegen die Corona-Pandemie). Selbst wenn eine solche Maßnahme in der Theorie die Stimmabgabe erleichtern soll, so werden in Autokratien dadurch Manipulationen erleichtert. In Moskau führten beispielsweise in neun von fünfzehn Direktwahlkreisen nach der Auszählung der Stimmzettel die Kandidierenden, die von »Smart Voting« nominiert worden waren. Das Ergebnis veränderte sich jedoch drastisch, nachdem die elektronischen Stimmen dazugerechnet wurden: Am Ende gewannen in allen fünfzehn Moskauer Direktwahlkreisen die »administrativen Kandidierenden«, also Mitglieder von ER oder formal Unabhängige, die aber de facto von ER unterstützt wurden. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse mit einer unfassbaren Verzögerung bekanntgegeben wurden. Viele Beobachter:innen teilen die Ansicht, dass sie in einem beispiellosen Ausmaß gefälscht wurden.

Die diesjährigen Wahlen haben gezeigt, dass das Regime zwar das alte Instrumentarium autoritärer Manipulation beibehält, jedoch beispiellose Anstrengungen unternimmt und enorme Ressourcen aufwendet, um sie einzusetzen. Das Regime hat diese Mechanismen zudem um neue Komponenten ergänzt, etwa die Einführung der elektronischen Stimmabgabe, den jüngsten Kniff des Kreml.

Über die Autorin

Tatiana Tkacheva ist Research Fellow beim Laboratorium für Vergleichende Sozialforschung der Higher School of Economics (St. Petersburg). Sie ist zudem Doktorandin an der Universität Helsinki. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Innenpolitik in Russland mit besonderer Konzentration auf die regionale Dimension.

Lesetipps

- Tkacheva, Tatiana; Grigorii V. Golosov: United Russia's Primaries and the Strength of Political Machines in the Regions of Russia: Evidence from the 2016 Duma Elections, *Europe-Asia Studies*, 71 Nr. 5, 2019, S. 824–839, DOI: 10.1080/09668136.2019.1613515.

Das Paradoxon des zunehmend hegemonialen Autoritarismus in Russland

Die politikwissenschaftliche Literatur über autoritäre Regime geht davon aus, dass es im finalen Stadium zwischen Autoritarismus mit Wettbewerb bzw. elektoralem Autoritarismus und einer geschlossenen Autokratie zu einem sogenannten hegemonialen Autoritarismus kommt. In dieser Art politischen Regimes gibt es bei Wahlen keinerlei Wettbewerb und liegt die politische Unbestimmtheit nahe null, da die Opposition kaum in der Lage ist, gegen den Herrscher vorzugehen. Kurz gesagt: Es gibt in solchen Regimen zwar noch Wahlen, doch sind diese eher Fiktion und in ihrer Substanz bedeutungslos. Die jüngsten Tendenzen in Russland deuten darauf hin, dass dies exakt die Richtung ist, in der sich das Regime entwickelt; die jüngsten Dumawahlen sind da keine Ausnahme.

Der gesamte Wahlgang hat in der Tat aufgezeigt, wie sehr sich *Einiges Russland* unsicher war, ungeachtet der verschärften Repressionen gegen die Opposition und des wohlerprobten Instrumentariums der Manipulation. Das Paradoxe ist: Je unpopulärer *Einiges Russland* als eine der institutionellen Säulen des Regimes ist, desto entschlossener wird das Regime versuchen, seine Stellung zu konsolidieren – und umso schneller wird sich der russische Autoritarismus in Richtung einer hegemonialen Spielart bewegen.

Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass diese pessimistischen Schlussfolgerungen zur Zukunft der Politik in Russland mit Sicherheit zutreffen. Viele Regime, die dem russischen ähneln, haben aufgrund einer Spaltung der Eliten eine Transformation erfahren. Die jüngsten Dumawahlen haben gezeigt, dass die Protestwählerschaft aufgrund fehlender politischer Alternativen bereit ist, sich hinter der Systemopposition zu konsolidieren (zum Teil durch »kluges Wählen«). Das bereitet den Boden, dass relevante politische Kräfte womöglich gestärkt werden und dadurch über eine Spaltung in den Eliten eine Regime-Transformation erfolgt. Natürlich nur dann, wenn die Gelegenheit genutzt wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

- Tkacheva, Tatiana; Mikhail Turchenko: Electoral Success of Independents under Authoritarianism: Evidence from Russia's Local Elections, 2014–2018, *Problems of Post-Communism*, 2021, DOI: 10.1080/10758216.2021.1914112.
- Turchenko, Mikhail; Grigorii V. Golosov: Smart Enough to Make a Difference? An Empirical Test of the Efficacy of Strategic Voting in Russia's Authoritarian Elections, in: *Post-Soviet Affairs*, 37 Nr. 1, 2021, S. 65–79. <https://doi.org/10.1080/1060586X.2020.1796386>.
- Turchenko, Mikhail; Grigorii V. Golosov: The Impact of Smart Voting on the 2020 Elections, in: RIDDLE Russia (blog); 9 September 2021. <https://www.ridl.io/en/the-impact-of-smart-voting-on-the-2020-elections/>.
- Schpilkin, Sergej: Wahlfälschung auf Rekordniveau. dekodert, 03. Juli 2020, <https://www.dekoder.org/de/article/schpilkin-verfassungsaenderung-abstimmung-anomalien>.

ANALYSE

Alexej Nawalnyj, »Smart Voting« und die Wahlen zur russischen Staatsduma 2021

Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen), Morvan Lallouet (University of Kent, Canterbury), Ben Noble (University College London)

DOI: 10.31205/RA.407.02

Zusammenfassung

Das »Smart Voting«-Projekt von Alexej Nawalnyjs Team hat vor den russischen Parlamentswahlen im September 2021 viel Aufsehen erregt. Diese Analyse beschreibt die Grundzüge der taktischen Wahlstrategie und ordnet sie in die Geschichte von Alexej Nawalnyjs Haltung in Bezug auf Wahlen insgesamt ein. Wir beleuchten den staatlichen Widerstand gegen das Projekt, bewerten seine Wirksamkeit angesichts der beispiellosen Versuche des Kremls, seinen Einfluss zu beschneiden und erörtern das Verhältnis von »Smart Voting« zur Kommunistischen Partei (KPRF).

Taktische Stimmabgabe in einem autoritären Staat

»Smart Voting« ist ein taktisches Wahlprojekt, das 2018 vom »Team Nawalnyj« ins Leben gerufen wurde, also jener Gruppe von Politiker:innen und Strateg:innen um den Oppositionspolitiker und Anti-Korruptions-Aktivisten Alexej Nawalnyj. Es ist ihre Antwort auf die besonderen Bedingungen, unter denen im autoritären Russland Wahlen stattfinden: Kandidierende der nicht-systemischen Opposition schaffen es meist nicht auf die Wahlzettel; Kandidierende der systemischen Oppositionsparteien dürfen dagegen meist in einem kontrollierten Wettbewerb mit der dominanten Partei *Einiges Russland* (ER) an den Wahlen teilnehmen. Der realistischen Möglichkeit beraubt, auf der Grundlage politischer Präferenzen und Ideologien zu wählen, besteht die nächstbeste Option für die Wähler:innen der Opposition laut Nawalnyj und seinem Team darin, sich um die Kandidierenden zu scharen, die am ehesten geeignet sind, ER zu schlagen. Ein Sieg über diese Kandidierenden könnte wiederum die systemischen Opposi-

tionsparteien ermutigen, ihren Widerstand gegen den Kreml zu verstärken.

Ein weiteres Ziel von »Smart Voting« besteht darin, der wachsenden politischen Apathie entgegenzuwirken. Da die meisten echten Oppositionskandidierenden von der Wahl ausgeschlossen sind, sehen viele oppositionelle Wähler:innen keinen Grund, zur Wahl zu gehen. Für sie ist der Wahlboykott die angemessene und ethisch richtige Entscheidung. Die Antwort des Nawalnyj-Teams darauf ist, dass solches Fernbleiben dem Kreml hilft, Wahlen zu gewinnen: Wenn oppositionell gesinnte Wähler:innen nicht zur Wahl gehen, dafür aber andere, die vielleicht eher für *Einiges Russland* stimmen, zur Teilnahme gezwungen oder gedrängt werden, dann hat es der Kreml viel leichter – selbst wenn die Unterstützung für ER insgesamt gering ist.

»Wählt jede beliebige Partei, nur nicht *Einiges Russland*«

Alexej Nawalnyj und sein Team haben sich nicht immer für »Smart Voting« eingesetzt. Die Einstellung zu Wah-

len und die strategische Ausrichtung haben sich im Laufe der Zeit immer wieder an das jeweilige Niveau des politischen Wettbewerbs und die sich ständig wandelnden Wahl- und Parteiengesetzgebung angepasst.

Im Jahr 2007, als Nawalnyj Gründungsmitglied der nationalistischen NAROD-Bewegung war, sprach er sich für einen Wahlboykott aus. Im Vorfeld der Wahlen zur Staatsduma 2011 argumentierte er dann, dass diese Strategie gescheitert sei, da sich *Einiges Russland* eine Mehrheit in der Staatsduma sichern konnte. Er forderte die Bürger:innen nun dazu auf, »jede beliebige Partei außer *Einiges Russland* zu wählen«. Diese Wahlempfehlung wurde als »Nawalnyj-Option« bekannt, mithilfe derer die dominierende Regierungspartei »zerstört« werden sollte. Doch 2014 rief er erneut zum Boykott auf, nachdem in jenem Jahr sogar einige systemische Oppositionspolitiker nicht zu den Wahlen zugelassen worden waren.

Nawalnyjs Team entwickelte »Smart Voting«, nachdem Nawalnyj selbst von den Präsidentschaftswahlen 2018 ausgeschlossen worden war. In einem YouTube-Video vom November 2018 erläuterte er seine Überlegungen:

Die Parteien selbst können sich nicht darauf einigen, einen einzigen Kandidaten gegen »Einiges Russland« aufzustellen. Aber wir können das. Wir sind alle unterschiedlich, aber wir haben die gleichen politischen Ziele – wir sind gegen das Monopol von Einiges Russland. Der Rest ist Mathematik. Wenn wir alle das Kluge tun und für den stärksten Kandidaten stimmen, dann wird dieser Kandidat gewinnen und der Kandidat von »Einiges Russland« wird verlieren.

Der Ansatz baute auf dem früheren Slogan »Wählt eine beliebige Partei außer *Einiges Russland*« auf, optimierte ihn jedoch, indem er versuchte, die Stimmen der oppositionellen Wähler:innen zu koordinieren.

Das forderte einiges an Überzeugungsarbeit. Die Strategie ist nicht für alle gleich einleuchtend. Sie verlangt viel von den Wähler:innen, die mit den politischen Einstellungen der Kandidierenden, die von Nawalnyjs Team ausgewählt werden, möglicherweise ganz grundsätzlich nicht einverstanden sind. Tatsächlich taten sich einige Oppositionelle, insbesondere Liberale, schwer mit dem Ansatz von »Smart Voting« und sprachen sich offen dagegen aus. Nach Ansicht des Vorsitzenden der liberalen Partei *Jabloko*, Nikolaj Rybakow, sei die Strategie »zynisch«, weil sie darauf hinauslaufe, den Wähler:innen zu erklären, dass ihre Ideen und Werte »niemanden interessieren«.

Bisherige Erfolge

Seit seiner Einführung hat »Smart Voting« keine überwältigenden Erfolge erzielt. Es hat sich jedoch als wirk-

sames Instrument erwiesen, um die Zahl der Sitze von *Einiges Russland* in regionalen und lokalen Parlamenten zumindest zu reduzieren. Im Jahr 2019 verlor ER beispielsweise ihre Mehrheit in sechs von 31 Parlamenten, bei denen »Smart Voting« eingesetzt wurde. Bei einer dieser Wahlen – denen zum Moskauer Stadtrat 2019 – behielt ER ihre Mehrheit, »Smart Voting« trug aber dazu bei, die Anzahl der von ER kontrollierten Sitze erheblich zu verringern.

Bei den meisten Wahlen hat Nawalnyjs Team diejenigen Kandidierenden der Opposition empfohlen, die es für die stärksten hält, sodass es schwierig ist, die Wirkung von »Smart Voting« von der davon unabhängigen Wirkung der Popularität dieser Kandidierenden zu trennen. Die Politikwissenschaftler Michail Turttschenko und Grigorij Golosow haben jedoch versucht, eben diesen unabhängigen »Smart-Voting«-Effekt zu isolieren, etwa am Beispiel der Kommunalwahlen 2019 in St. Petersburg. Bei dieser Analyse machten sie sich zunutze, dass dieselben Kandidierenden in mehreren Wahlbezirken antreten konnten. So konnten die Ergebnisse eines Szenarios, in dem ein Kandidat »Smart Voting«-Unterstützung erhielt, direkt mit denen verglichen werden, in denen ihm oder ihr keine Wahlempfehlung ausgesprochen wurde. Der durchschnittliche Unterschied betrug sieben Prozentpunkte, was durchaus ausreichen kann, um ein enges Rennen zu entscheiden.

Im Jahr 2020 konnte Nawalnyjs Team erneut Erfolge bei einigen Regional- und Kommunalwahlen erzielen. Wie zuvor verteidigte *Einiges Russland* in der Regel ihre Dominanz, aber es gab auch Fälle wie den Stadtrat von Tomsk, wo oppositionelle Kandidierende gemeinsam die Mehrheit der Sitze gewannen und – was für Nawalnyj mindestens ebenso wichtig ist – wo Kandidierende, die direkt mit ihm assoziiert waren, ihre ER-Konkurrenz schlugen.

»Smart Voting« schien besonders in Tomsk und Nowosibirsk effektiv zu sein, wo Nawalnyjs Team die Wahlen mit Korruptionsesthüllungen in Bezug auf regionale Eliten begleitet hatte. Und obwohl Nawalnyj jetzt im Gefängnis sitzt, waren die Wahlen zur Staatsduma 2021 eine weitere Chance für sein Team zu beweisen, dass Korruptionsrecherchen und Wahlempfehlungen der Kremlpartei empfindlichen Schaden beibringen können.

Was heißt Erfolg?

Doch im Jahr 2021 stieß »Smart Voting« von Anfang an auf viel mehr Widerstand seitens des Kremls. Die Behörden schlossen sogar gemäßigt oppositionelle Politiker:innen wie Pawel Grudinin von der KPRF von den Wahlen aus und gingen mit eiserner Härte gegen »Smart Voting« vor, um die Opposition daran zu hindern, ihre Wahlempfehlungen zu koordinie-

ren. Nawalnyjs Organisationen – einschließlich der Antikorruptionsstiftung (FBK) – wurden als »extremistisch« eingestuft und die »Smart Voting«-Website wurde durch die Internetaufsichtsbehörde *Roskomnadzor* gesperrt. Zudem ordnete das Moskauer Stadtgericht an, dass Yandex und Google die Suchmaschinenergebnisse für den Begriff »Smart Voting« zensurieren müssen. Auf die Mitarbeitenden der amerikanischen Unternehmen Google- und Apple wurde sogar direkter Druck ausgeübt, worauf die »Smart Voting«-App aus den jeweiligen App-Stores entfernt wurde. Diese Maßnahmen erschweren die Bewertung, wie erfolgreich »Smart Voting« tatsächlich war.

Bei der Analyse der Wahlergebnisse stellte Nawalnyjs engster Vertrauter Leonid Wolkow die Wahlen als einen Kampf von »David gegen Goliath« dar und erklärte, dass David (also »Smart Voting«) durchaus erfolgreich gewesen sei. Dieser »Erfolg« sei besonders in Moskau spürbar gewesen, wo die von »Smart Voting« unterstützten Kandidierenden in der Mehrzahl der Wahlkreise in Führung lagen, bevor die Ergebnisse der Online-Wahl hinzugerechnet wurden. In einem Instagram-Post vom 21. September nannte Nawalnyj diese Ergebnisse einen »Triumph«. Laut Wolkow sei der legitime Sieg der von Nawalnyjs Team unterstützten Kandidierenden einfach »gestohlen« worden. Er betonte dabei, dass die »Smart Voting«-Strategie ihre beabsichtigte Wirkung erreicht habe. Sie habe »Stress« für die Behörden erzeugt: Da die unterstützten Politiker:innen gut abgeschnitten hätten, seien die staatlichen Behörden gezwungen gewesen, auf ungeheuerlichen Betrug zurückzugreifen, was den wahren Charakter der Wahlen offenbart habe.

Doch trotz dieses proklamierten »Triumphs« hatte Nawalnyjs Team nicht viel Beeindruckendes zu vermelden, was Nawalnyj dann auch zugab: »Man kann das gesamte Ergebnis nicht als »Sieg« bezeichnen.« Wolkow zählte zumindest einige »kluge und starke Politiker« auf, denen der Einzug in die Staatsduma gelungen ist: Oleg Michailow und Michail Matwejew, beide von der KPRF. Nawalnyj vertrat dabei die Ansicht, dass die Ergebnisse letztlich zeigten, dass »sie« die Mehrheit stellen. Seiner Meinung nach muss man, um Wahlen in Russland zu gewinnen, erstens die meisten Stimmen bekommen, zweitens die Wahlen überwachen und drittens protestieren, wenn Stimmen gestohlen werden. Seiner Ansicht nach war der erste Punkt erfüllt, aber es war unmöglich, Straßenproteste zu organisieren: Wie Wolkow einräumte, führte die Brutalität der Repressionen zu Beginn des Jahres 2021 dazu, dass es fast ein Ding der Unmöglichkeit war, Proteste zu organisieren. Dementsprechend rief Nawalnyjs Team auch nicht dazu auf, nach Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse auf die Straße zu gehen. Stattdessen schob Wolkow die Verantwortung von sich, indem er erklärte, dass Protest nun

die Aufgabe derjenigen Parteien sei, die ihrer legitimen Stimmen beraubt wurden.

Die nächsten Schritte des Teams bleiben unklar. Da mehrere von Nawalnyjs Mitarbeitenden im Ausland sind und das regionale Netzwerk der Bewegung zerschlagen wurde, hängt ihr Einfluss auf die russische Politik nun noch stärker von ihrer Onlinepräsenz ab. In dieser Hinsicht verheißen die jüngsten Schritte der amerikanischen Tech-Giganten Google und Apple nichts Gutes: Nawalnyj erklärte auf Twitter, er sei nicht von Putins Wahlbetrug überrascht, sondern davon, »wie gehorsam sich die allmächtigen Big-Tech-Konzerne zu seinen Komplizen machen«. Als Politiker in seinen Ambitionen ein ums andere Mal ausgebremst, hat Nawalnyj in den vergangenen Jahren ein Team und eine große Anhängerschaft in den sozialen Medien und insbesondere auf YouTube aufgebaut. Bald könnte er auch dieses letzten Werkzeugs beraubt werden.

»Besser rot als tot«?

Die *Kommunistische Partei der Russischen Föderation* hingegen hat bei den Wahlen zur Staatsduma ein starkes Ergebnis erzielt. Den offiziellen Ergebnissen zufolge konnte sie sowohl ihren Stimmenanteil (fast 19 Prozent) als auch die Zahl ihrer Sitze von 42 im Jahr 2016 auf 57 erhöhen. Die Kommunisten waren durch die Initiative »Smart Voting« stark unterstützt worden. In 137 von 225 Wahlkreisen mit Direktmandaten empfahl Team Nawalnyj eine/n kommunistische/n Kandidatin/en.

Wie wir in unserem Buch »Nawalnyj: Seine Gegner, seine Ziele, seine Zukunft« (Englisch »Navalny: Putin's Nemesis, Russia's Future?«) zeigen, ist Nawalnyjs Anhängerschaft größtenteils liberal – im russischen Verständnis des Begriffs: Seine Unterstützer:innen befürworten die Rechtsstaatlichkeit, repräsentative Demokratie und eine freie Marktwirtschaft. In den letzten Jahren haben Nawalnyj und sein Team einen stärkeren Schwerpunkt auf Ungleichheit und Sozialpolitik gelegt, aber sie sind nach wie vor recht weit von den politischen Positionen der Kommunistischen Partei entfernt, die in ihrem Wahlprogramm traditionelle Sozialpolitik, Nostalgie für die Sowjetunion und nationalistische Positionen verbindet.

Die Erfahrungen der Abgeordneten der KPRF in der Moskauer Stadtduma, die 2019 mit Nawalnyjs Unterstützung gewählt wurden, zeigen jedoch, dass es zumindest in einigen Gruppierungen innerhalb der Partei Appetit auf stärkere Opposition gegen das autoritäre Regime gibt. Am letzten Tag der Wahl trat einer dieser Abgeordneten, Jewgenij Stupin, auf dem YouTube-Kanal Nawalnyj LIVE auf, um die Wahlergebnisse zu diskutieren. Nachdem Nawalnyjs Organisationen als »extremistisch« eingestuft und aufgelöst worden waren, ist das als eine sehr mutige Geste zu bewerten.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese oppositionelle Haltung einiger Gruppierungen innerhalb der KPRF in der Staatsduma selbst, die stärker kontrolliert wird als Regionalparlamente, fortsetzen kann. Der Parteivorsitzende Gennadij Sjuganow jedenfalls hat bei einem Treffen mit Präsident Putin nach der Wahl bereits deutlich gemacht, dass die Partei den Präsidenten unterstütze und er auf sie als stabilisierende Kraft zählen könne. Nawalnyjs Wette auf die taktische Stimmabgabe beruht jedoch immer noch auf der Hoffnung, dass die zahme Systemopposition radikalisiert werden kann. Da die KPRF ihren Status als einflussreichste Partei innerhalb dieses Teils der Opposition bestätigt hat, verdient ihr weiteres Vorgehen in naher Zukunft besondere Aufmerksamkeit.

Reaktionen des Staates

Wie oben dargelegt, versuchten die staatlichen Behörden, jegliche substanzielle Auswirkung von »Smart Voting« zu verhindern, bevor die Wahllokale überhaupt geöffnet hatten, indem sie Kandidierende ausschlossen und den Zugang zu Informationen über »Smart Voting« blockierten. Eine weitere wichtige Maßnahme des Kremls bestand darin, vermehrt auf Fälschungen während der drei Wahltage zurückzugreifen.

Zwar gab es immer noch Wahllokale und ganze Regionen – wie die Republik Sacha in Sibirien – in denen die Stimmzettel offenbar korrekt ausgezählt wurden. Und es gab Anzeichen dafür, dass allein die Anwesenheit einer/s unabhängigen Beobachterin/s in einem Wahllokal Wahlmanipulation reduzieren konnte. Doch das Gesamtbild war ein anderes. Basierend auf offiziellen Daten stellten Analysten die in den einzelnen Wahllokalen verzeichnete Wahlbeteiligung dem Anteil der Stimmen gegenüber, den ER erhalten hatte. Es zeigte sich die typische »Kometenform«, die stark auf Betrug hindeutet: Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 35 Prozent liegt ER bei etwa 30 Prozent; beide Zahlen waren im Vorfeld der Wahlen sogar von staatlich finanzierten Umfrageinstituten vorhergesagt worden. Wurde jedoch in einem Wahllokal eine höhere offizielle Wahlbeteiligung verzeichnet, so war auch der ER-Anteil tendenziell

höher. Dies deutet eindeutig darauf hin, dass entweder zusätzliche Wahlzettel eingeworfen oder die Protokolle gefälscht wurden. Gerade diese zusätzlichen Stimmen sind es, die das Ergebnis der ER-Liste offiziell auf 49,8 Prozent brachten.

Es gibt keine ideale Strategie

Die Wahlen zur Staatsduma 2021 waren also eine Fortsetzung des Katz- und Mausspiels zwischen dem Kreml und der Opposition, die in einem immer feindseligeren Umfeld agieren muss und die es verstanden hat, die wenigen noch vorhandenen Möglichkeiten für echte Politik auszuschöpfen. Diese Öffnungen werden nun eine nach der anderen geschlossen. Nawalnyjs Bemühungen sowie die vieler anderer Oppositionskräfte haben der Bevölkerung die Idee taktischer Wahlkoalitionen nahegebracht. Doch wenn die Wahlen selbst allmählich ausgehöhlt werden, könnten sich solche Strategien in Zukunft als immer weniger effektiv erweisen. In einem Blogbeitrag aus dem Jahr 2019 wies Nawalnyj bereits auf diese Schwierigkeit hin:

Ja, natürlich, »Smart Voting« ist nicht die ideale Strategie. Das ist sonnenklar. Ich möchte alle daran erinnern, dass unser politisches System »elektoraler Autoritarismus« genannt wird. Das Wort »elektoral« bedeutet, dass die Wahlen so manipuliert werden, dass nur Putin gewinnt. Und das Wort »Autoritarismus« heißt, dass es keine ideale Strategie gibt.

Mit der für die nahe Zukunft erwarteten Einführung der Online-Wahl in ganz Russland auch für die Präsidentschaftswahlen 2024 stehen Oppositionsakteure vor einem schweren Kampf, denn es drohen massive Wahlmanipulationen: Selbst die aufmerksamsten Wahlbeobachter:innen können gegen digitalen Betrug nichts ausrichten. Doch so düster es auch aussehen mag, die Anpassungsfähigkeit in der Vergangenheit legt nahe, dass das Team Nawalnyj noch nicht völlig abgeschrieben werden sollte.

Über die Autoren

Dr. *Jan Matti Dollbaum* ist Post-Doktorand an der Universität Bremen. Seine Forschungsinteressen umfassen Protest und soziale Bewegungen in demokratischen und autoritären Regimen. Seine Arbeiten wurden unter anderem in *Perspectives on Politics*, *Post-Soviet Affairs* und *Social Movement Studies* veröffentlicht.

Morvan Lallouet ist Doktorand an der Universität von Kent (Canterbury, UK) und forscht zu Nawalnyj, Liberalismus und der russischen Opposition.

Dr. *Ben Noble* ist Associate Professor für russische Politik am University College London, Associate Fellow von Chatham House und Senior Research Fellow an der Higher School of Economics in Moskau. Er forscht zu Parlamenten, Autoritarismus und russischer Innenpolitik. Er hat in einer Reihe von Fachzeitschriften veröffentlicht, darunter *Comparative Political Studies*, *Russian Politics* und *Journal of European Public Policy*.

Lesetipps

- Jan Matti Dollbaum, Morvan Lallouet und Ben Noble. 2021. *Navalny: Putin's Nemesis, Russia's Future?* Hurst Publishers (UK), Oxford University Press (US). Deutsche Übersetzung unter dem Titel *Nawalnyj: Seine Ziele, seine Gegner, seine Zukunft* erschienen bei Hoffmann und Campe.
- Jan Matti Dollbaum, Morvan Lallouet und Ben Noble. 2021. »Alexei Navalny was poisoned one year ago. His fate tells us a lot about Putin's Russia.« *The Washington Post*, »Monkey Cage«-Blog, 20. August, <https://www.washingtonpost.com/politics/2021/08/20/alexei-navalny-was-poisoned-one-year-ago-his-fate-tells-us-lot-about-putins-russia/>.
- Mikhail Turchenko und Grigorii Golosov. 2021. »Smart Enough to Make a Difference? An Empirical Test of the Efficacy of Strategic Voting in Russia's Authoritarian Elections.« *Post-Soviet Affairs*, 37(1), 65–79.
- Mikhail Turchenko und Grigorii Golosov. 2021. »The impact of Smart Voting on the 2020 elections.« *Riddle Russia*, 9. September, <https://www.ridl.io/en/the-impact-of-smart-voting-on-the-2020-elections/>.

KOMMENTAR

Wahlen in der »Protestregion« Chabarowsk in Online- und sozialen Medien

Tatiana Golova (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin)

Die Wahl des Gouverneurs in der Region Chabarowsk galt angesichts der Massenproteste nach der Verhaftung des »Volksgouverneurs« Sergej Furgal im Juli 2020 als brisant. Deswegen waren auch die Diskurse in den russischsprachigen sozialen Medien vielfältig und kontrovers. Soziale Medien bieten auch unter restriktiven Bedingungen Gelegenheiten für politisches Handeln und geteilte regionale und russlandweite Erfahrungsräume. In diesem Kommentar erläutere ich am Beispiel der Region Chabarowsk, wie in sozialen Medien und in regionalen Online-Medien über Wahlen und insbesondere über Gouverneurswahlen gesprochen wird und welche Diskursstränge und Interpretationen dort vorzufinden sind.

Die Region Chabarowsk zog 2020 viel Aufmerksamkeit auf sich: Die Verhaftung des damaligen Gouverneurs Sergej Furgal (LDPR) provozierte massive und anhaltende Proteste, bei denen politische und krenlkritische Parolen mit einer starken regionalen Identität und einem Diskurs über einen guten Gouverneur kombiniert wurden. Die sozialen Medien waren eine wichtige Sphäre für diese Mobilisierung. Der von Putin als Interimgouverneur eingesetzte Michail Degtjarjow (LDPR) hatte alles andere als einen leichten Start in der Region.

Was spielte sich nun im Vorfeld der Wahlen in dieser vermeintlichen »Protestregion« ab? Um dies zu untersuchen, habe ich Posts und Kommentare in sozialen Medien über stichwortbasierte Textsuche mithilfe des Webdienstes Medialogia (schwerpunktmäßig Odnoklassniki, VKontakte, Facebook, Youtube) von Internetnutzer:innen und kollektiven Seiten erhoben, die

in der Region Chabarowsk lokalisiert werden konnten. Regionale bzw. lokale Online-Medien (inkl. Webseiten von hybriden Medien) bildeten die zweite Gruppe von Quellen, die ebenfalls über Medialogia erhoben wurden. Mithilfe von statistikbasierten Computermodellen wurden anschließend Cluster ähnlicher Texte identifiziert. Um ein tieferes Verständnis dieser Muster zu erzielen, wurde die automatisierte Textanalyse durch qualitative Interpretation ausgewählter Beiträge ergänzt. Ich konzentriere mich auf den 2. bis zum 18. August (den Zeitraum kurz vor und nach der Frist für die Registrierung von Kandidierenden am 04. August) und auf den 13. bis 20. September (die Gouverneurswahl fand an drei Tagen vom 17. bis 19. September statt).

In beiden Zeiträumen gibt es jeweils einen großen Cluster von Texten, die zu einem Drittel bzw. zur Hälfte aus regionalen Online-Medien stammen und die Degtjarjows Tätigkeit im Amt des kommissarischen Gouverneurs positiv darstellen: Beispielsweise überprüft er persönlich, wie die Verschönerung der Höfe in Chabarowsk voranschreitet (»neue Bänke aus ökologisch unbedenklichen Materialien gibt es nun in einem Hof«) oder übergibt neue Feuerwehrautos. Zum PR-Cluster gehören auch inszenierte Kommentare von »einfachen Menschen«, die sich beim näheren Hinsehen als identische Troll-Publikationen entpuppen (wie: »Ich habe den Eindruck, dass sich Menschen bei uns auf das Negative fokussieren, sie merken aber das Positive gar nicht! Bitte nicht so!«). Zusammen mit einem ähnlichen Cluster stellt dieser Cluster etwa ein Drittel des untersuchten Samples im August dar.

Die Gouverneurswahl ist der Mittelpunkt eines weiteren Clusters im August, dessen Tonfall allerdings anders ausfällt: Darin sind wenig mediale Texte enthalten, aber dafür viele Posts und Kommentare in sozialen Medien (d. h. höhere User:innen-Aktivität), viel Alltagssprache, gegensätzliche Positionen. Demgegenüber spielen Trolle mit identischen Kommentaren eine geringere Rolle. Die zentrale Spaltung verläuft zwischen jenen, die für oder gegen Degtjarjow sind: »Stimmt nicht für Degtjarjow ab. Er ist ein verlogener Populist und Putins Sklave. Am Ende wird er alle hinters Licht führen, so wie Putin« vs. »Degtjarjow arbeitet wirklich, ohne PR zu machen!«. Ebenfalls wird diskutiert, dass keine alternativen Kandidierenden zur Wahl zugelassen wurden. Neben Degtjarjow wurden nur drei unglaubliche technische Kandidierende registriert, deren Aufgabe darin bestand, politischen Wettbewerb zu imitieren, ohne jedoch eine wirkliche Herausforderung für Degtjarjow darzustellen. Pjotr Perewesenzew (KPRF), der die Stimmen von unzufriedenen Wähler:innen hätte bündeln können, scheiterte am »kommunalen Filter« (Kandidierende müssen Unterschriften von kommunalen Abgeordneten und Staatsbediensteten sammeln, um zur Wahl antreten zu dürfen. Die jeweilige Anzahl und Verteilung über die Kommunen sind von Region zu Region unterschiedlich, Anm. d. Redaktion). Perewesenzew ist im Diskurs jedoch nicht sehr präsent gewesen.

Der Diskurs über die Gouverneurswahl in der Region steht mit anderen Wahlen im Zusammenhang, die in ganz Russland auf föderaler, regionaler und kommunaler Ebene bevorstanden. So ergibt sich ein Cluster von Texten in sozialen Medien, die diese Wahlen im Ganzen als unfair und manipuliert kritisieren (wie das viel geteilte Team-Nawalnyj-Video »Hat die Wahlen verkauft, dafür eine Datscha gekauft. So bereichern sich Mitglieder der Zentralen Wahlkommission«). Außerdem wurde das zentrale Dilemma aller unzufriedenen Wähler:innen kontrovers diskutiert, ob an der Wahl teilgenommen oder diese boykottiert werden sollte (»Aber wenn du nicht selbst abstimmen gehst, tun sie es für dich für *EdResnja* [pejorativ für *Einiges Russland*, Anm. d. Redaktion] und für Putin«). Soziale Medien ermöglichen es, dass unter restriktiven Bedingungen, wenn die Repräsentation nicht im Mittelpunkt des Wählens steht, die Teilnahme selbst als politisches Handeln interpretiert wird.

Hinsichtlich der Duma-Wahlen thematisieren kritische Diskurse unter anderem den Druck auf die KPRF und ihre Kandidierenden wie Pawel Grudinin oder Nikolaj Bondarenko. Große stilistische Vielfalt und Verwendung der Alltagssprache, zum Beispiel beim Kommentieren von Reposts aus Medien, zeugen von einem lebendigen Diskurs, der weit über die Region

Chabarowsk hinausgeht. Die regionale Komponente der Duma-Wahlen wird hergestellt, indem kontrovers diskutiert wird, dass die Registrierung von Sergej Furgals Sohn als Kandidat von der Wahlkommission abgelehnt wurde.

Unmittelbar vor den Wahlen gewinnt das eigene politische Handeln an Bedeutung. Das vom Team Nawalnyj propagierte »Smart Voting«-Projekt, das die Stimmen von Unzufriedenen vor allem bei den aussichtsreichsten oppositionellen Kandidierenden für Direktmandate bündeln und dadurch *Einiges Russland* schwächen soll, kommt sowohl positiv (u. a. durch das Teilen seiner Wahlempfehlungen) als auch negativ zur Sprache. Bemerkenswert ist, dass es einen unabhängigen Cluster von Texten gibt, in denen zur Wahl der KPRF aufgerufen wird. Diese sind nach derselben Logik der rationalen Abstimmung gestrickt, ohne dass sich jedoch Hinweise auf Nawalnyjs »Smart Voting« finden lassen (»Die KPRF ist nur auf dem Papier links. [...] Man sollte nicht für sie stimmen weil sie links oder rechts sind, sondern weil sie Chancen gegen ER haben«).

Fälschungen bei den Wahlen auf verschiedenen Ebenen bzw. in verschiedenen Regionen stehen im Zentrum eines weiteren Clusters im September, bei dem ebenfalls soziale Medien klar dominieren. Dieser überregionale politische Raum, der online konstruiert wird, ist von Entfremdung geprägt. In einem Diskursstrang werden die eigenen Erfahrungsräume der Wähler:innen und ihre persönlichen Netzwerke den offiziellen Wahlergebnissen gegenübergestellt, sodass diese Ergebnisse als unglaubwürdig dargestellt werden (»Alle unsere Freunde und Verwandte haben dagegen gestimmt. Wären die Wahlen gesetzmäßig verlaufen, wären solche Zahlen gar nicht möglich«).

Die Proteste des Jahres 2020 spielten keine zentrale Rolle in den untersuchten Online-Diskursen. Dennoch war auch dieses Jahr noch ihr Echo zu vernehmen. Der Protestcharakter der Abstimmung zeigte sich vor allem bei den Duma-Wahlen nach Parteilisten. Die Region Chabarowsk gehört zu jenen vier Regionen, in denen die Protestwähler:innen-Partei KPRF besser abschnitt als *Einiges Russland*. Degtjarjow hatte als kommissarischer Amtsinhaber in einem autoritären Regime immense Vorteile und wurde gewählt, allerdings mit vergleichsweise geringen 57 Prozent (die Spoiler-Kandidatin Marina Kim erreichte dabei beachtliche 25 Prozent). Letztendlich lässt sich aber feststellen, dass in den sozialen Medien ganz unabhängig von den Wahlergebnissen sowohl gemeinsame Erfahrungsräume als auch Möglichkeiten politischen Handelns konstruiert worden sind. Das unterscheidet sie von lokalen Online-Medien, die in erster Linie eine PR-Bühne für den amtierenden Gouverneur boten.

Informationen über die Autorin und einen Lesetipp finden Sie auf der nächsten Seite.

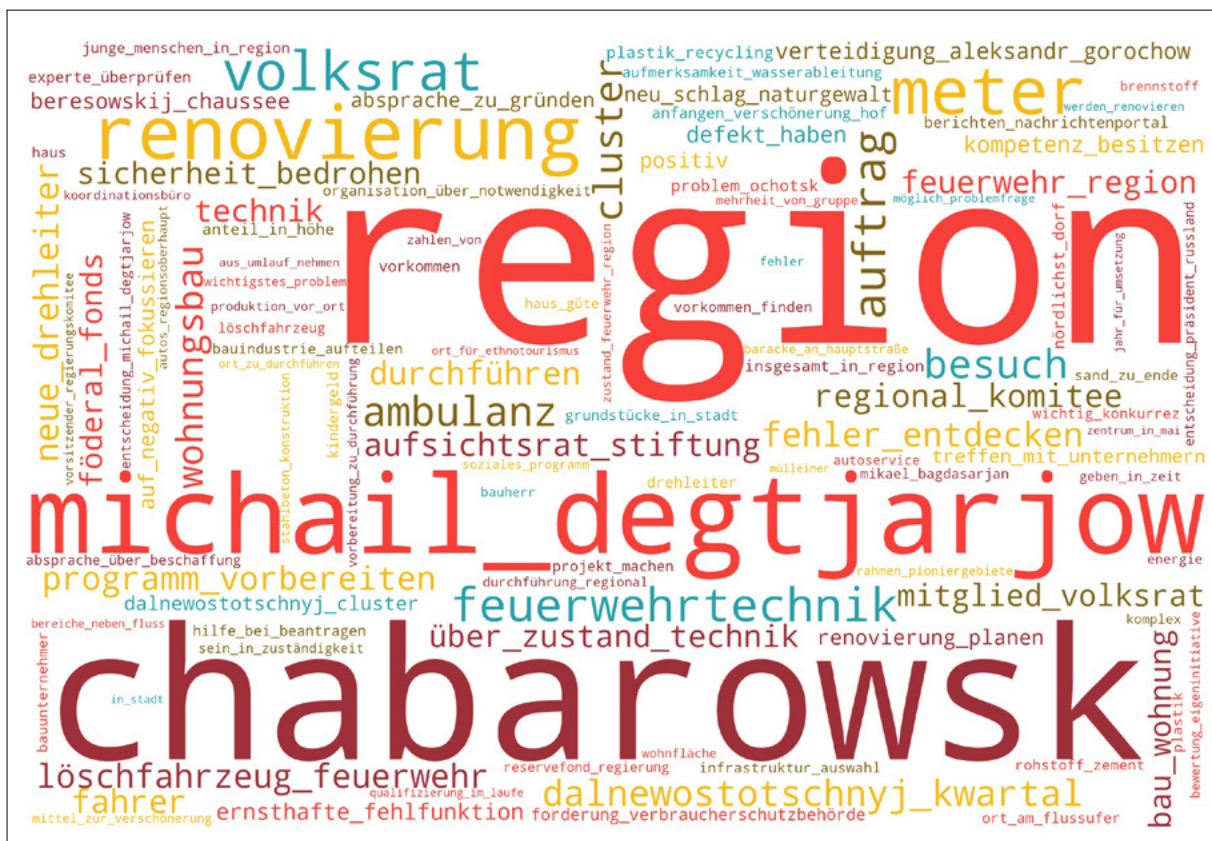
Über die Autorin

Tatiana Golova, Dr.phil., ist Soziologin und forscht am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin zu Aktivismus in russischen Großstädten, unter anderem in sozialen Medien und zu postsowjetischen Migrant:innen in Deutschland. Der Kommentar basiert auf Teilergebnissen der laufenden Studie »Regionale Proteste in den russischen sozialen Medien«.

Lesetipp

- Golova, Tatiana: Mobilising for Regional Protests on Russian Social Media: The Case of Khabarovsk, ZOIS Report 4/2021, <https://en.zois-berlin.de/publications/mobilising-for-regional-protests-on-russian-social-media-the-case-of-khabarovsk>.

Grafik 1: Zentrale Wortkombinationen für den »PR-Cluster« im August 2021



Wolke von relevanten Wortkombinationen, die in Texten des zentralen »PR-Clusters« häufig vorkommen und (gegenüber anderen Clustern derselben Periode) spezifisch sind. Wörter werden in der Grundform angegeben («ist» zählt als »sein«). Die Schriftgröße wird durch Häufigkeit bestimmt.

Quelle: Tatiana Golova.

Grafik 2: Zentrale Wortkombinationen für den »Smart-Voting-Cluster« im September 2021



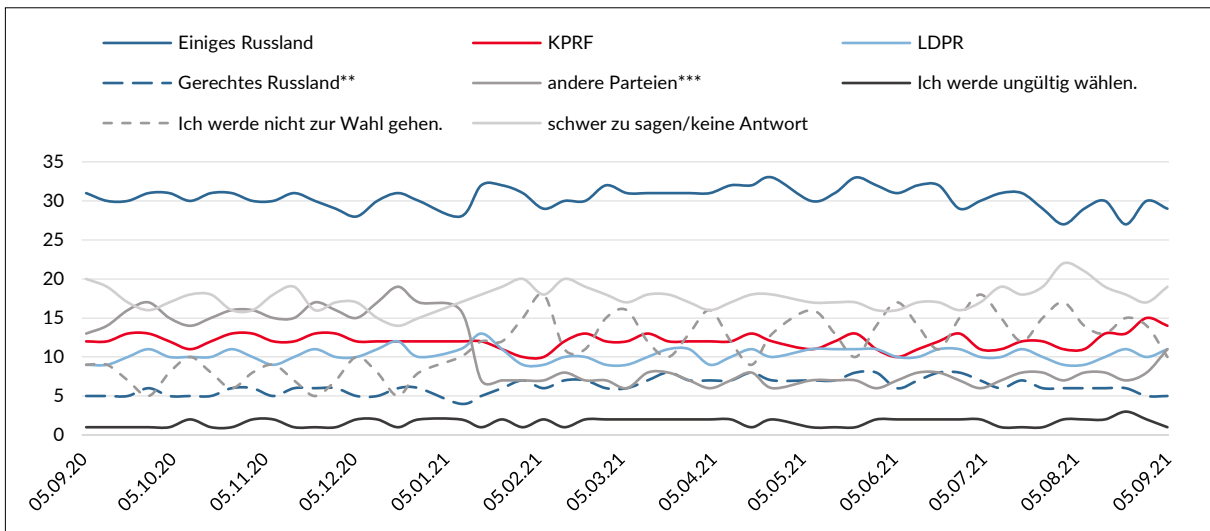
Wolke von relevanten Wortkombinationen, die in Texten des »Smart-Voting-Clusters« häufig vorkommen und (gegenüber anderen Clustern derselben Periode) spezifisch sind. Wörter werden in der Grundform angegeben (*ist« zählt als »sein«). Schriftgröße wird durch Häufigkeit bestimmt.

Quelle: Tatiana Golova.

DOKUMENTATION

Sonntagsfrage und Ergebnis der Wahl zur Staatsduma 2021

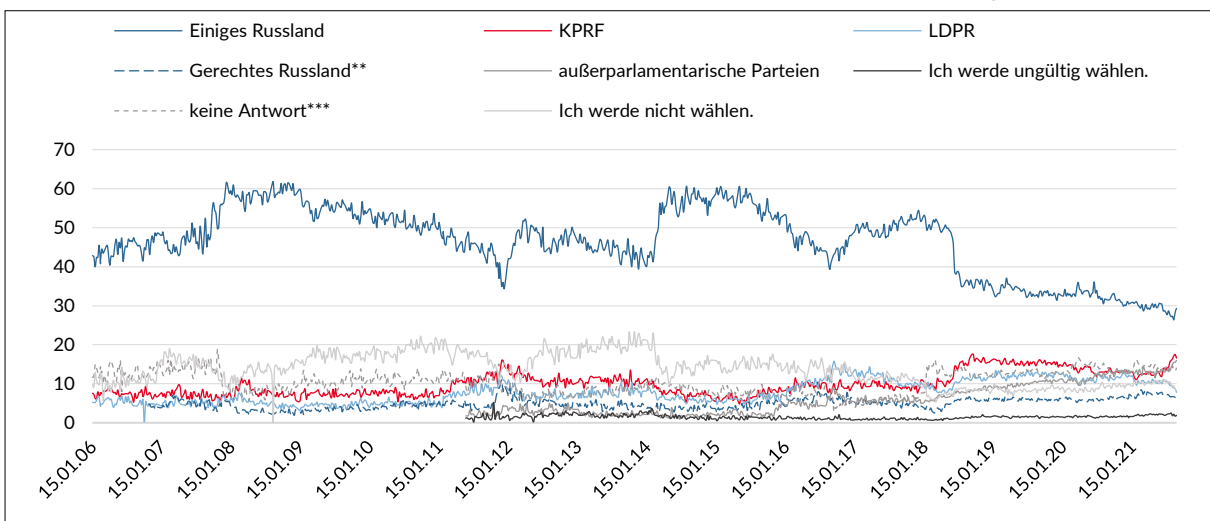
Grafik 1: Wenn Sie im September an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen, für welche Parteien werden Sie am ehesten stimmen? (% ,06. September 2020 – 05. September 2021*)



* Anstelle von Haustürbefragungen wurden zwischen 06. September 2020 und 10. Januar 2021 telefonische Befragungen durchgeführt.
 ** Bis einschließlich 07. Februar 2021 die Partei »Gerechtes Russland«. Ab dem 14. Februar 2021 die vereinigte Partei »Gerechtes Russland – Für die Wahrheit«, bestehend aus den Parteien »Gerechtes Russland«, »Für die Wahrheit« und »Patrioten Russlands«.
 *** Andere Parteien als auf der von FOM vorgeschlagenen Liste. Vom 06. September 2020 bis einschließlich 10. Januar 2021 wurde die Frage folgendermaßen gestellt: »Wenn am nächsten Sonntag die Wahlen zur Staatsduma stattfinden würden, wie und für welche Partei würden Sie stimmen?«. Vom 17. Januar 2021 bis einschließlich 27. Juni 2021 wurde die Frage folgendermaßen gestellt: »Stellen Sie sich vor, am folgenden Sonntag finden Wahlen zur Staatsduma statt. Sagen Sie mir bitte, für welche Partei Sie stimmen würden.«

Quelle: Umfrage »FOMnibus« des Umfrageinstituts FOM vom 03. bis 05. September 2021; <https://media.fom.ru/fom-bd/d35pi2021.pdf>

Grafik 2: Für welche der folgenden Parteien würden Sie am ehesten stimmen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen zur russischen Staatsduma stattfinden würden? (% ,Januar 2006 – September 2021)



* Die Daten basieren auf landesweiten Telefonumfragen »Sputnik«. Die Fehlermarge beträgt 1,0 %. Bis Januar 2017 werden Daten aus den gesamt-russischen »Sputnik«-Umfragen präsentiert.
 ** Die Partei »Gerechtes Russland« vereinigte sich am 22. Februar 2021 mit den Parteien »Patrioten Russlands« und »Für die Wahrheit«.
 *** Erst seit dem 23. Januar 2018 wird den Befragten die Antwortoption »Schwer zu beantworten« vorgelesen.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Meinungsforschungsinstituts WZIAM von Januar 2006 bis September 2021; <https://wciom.ru/ratings/reiting-politicheskikh-partii/>

Tabelle 1: Wenn Sie im September an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen, für welche Parteien werden Sie am ehesten stimmen? (%), 06. September 2020 – 05. September 2021*)

	Einiges Russland (Sergej Schoigu, Sergej Lawrow, Denis Prozenko, Elena Schmeljowa, Anna Kusnezowa)	KPRF (Gennadij Sjuganow, Swetlana Sawitskaja, Jurij Afonin, Andrej Klytschkow, Iwan Meinikow)	LDPR (Wladimir Shirinow- skij, Leonid Sluzkij, Sergej Karginow, Jaroslaw Nilow, Wladimir Sipjagin)	Gerechtes Russland – Für die Wahrheit** (Sergej Mironow, Jewgenij Prilepin, Gennadij Semigin, Alexander Babakow)	andere Parteien***	Ich werde ungültig wählen.	Ich werde nicht zur Wahl gehen.	schwer zu sagen/keine Antwort
06. September 2020	31	12	9	5	13	1	9	20
13. September 2020	30	12	9	5	14	1	9	19
20. September 2020	30	13	10	5	16	1	7	17
27. September 2020	31	13	11	6	17	1	5	16
04. Oktober 2020	31	12	10	5	15	1	8	17
11. Oktober 2020	30	11	10	5	14	2	10	18
18. Oktober 2020	31	12	10	5	15	1	8	18
25. Oktober 2020	31	13	11	6	16	1	6	16
01. November 2020	30	13	10	6	16	2	8	16
08. November 2020	30	12	9	5	15	2	9	18
15. November 2020	31	12	10	6	15	1	7	19
22. November 2020	30	13	11	6	17	1	5	16
29. November 2020	29	13	10	6	16	1	7	17
06. Dezember 2020	28	12	10	5	15	2	10	17
13. Dezember 2020	30	12	11	5	17	2	8	15
20. Dezember 2020	31	12	12	6	19	1	5	14
27. Dezember 2020	30	12	10	6	17	2	8	15
10. Januar 2021	28	12	11	4	16	2	10	17
17. Januar 2021	32	12	13	5	7	1	12	18
24. Januar 2021	32	11	11	6	7	2	12	19
31. Januar 2021	31	10	9	7	7	1	15	20
07. Februar 2021	29	10	9	6	7	2	18	18
14. Februar 2021	30	12	10	7	8	1	11	20
21. Februar 2021	30	13	10	7	7	2	11	19
28. Februar 2021	32	12	9	6	7	2	15	18
07. März 2021	31	12	9	6	6	2	16	17
14. März 2021	31	13	10	7	8	2	12	18
21. März 2021	31	12	11	8	8	2	10	18
28. März 2021	31	12	11	7	7	2	13	17
04. April 2021	31	12	9	7	6	2	16	16
11. April 2021	32	12	10	7	7	2	12	17

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wenn Sie im September an den Wahlen zur Staatsduma teilnehmen, für welche Parteien werden Sie am ehesten stimmen? (%), 06. September 2020 – 05. September 2021* (Fortsetzung)

	Einiges Russland (Sergej Schoigu, Sergej Lawrow, Denis Prozenko, Elena Schmeljowa, Anna Kusnezowa)	KPRF (Gennadij Sjuganow, Swetlana Sawitskaja, Jurij Afonin, Andrej Klytschkow, Iwan Meinikow)	LDPR (Wladimir Shirinow- skij, Leonid Sluzkij, Sergej Karginow, Jaroslaw Nilow, Wladimir Sipjagin)	Gerechtes Russland – Für die Wahrheit** (Sergej Mironow, Jewgenij Prilepin, Gennadij Semigin, Alexander Babakow)	andere Parteien***	Ich werde ungültig wählen.	Ich werde nicht zur Wahl gehen.	schwer zu sagen/keine Antwort
18. April 2021	32	13	11	8	8	1	9	18
25. April 2021	33	12	10	7	6	2	13	18
08. Mai 2021	30	11	11	7	7	1	16	17
16. Mai 2021	31	12	11	7	7	1	13	17
23. Mai 2021	33	13	11	8	7	1	10	17
30. Mai 2021	32	11	11	8	6	2	14	16
06. Juni 2021	31	10	10	6	7	2	17	16
13. Juni 2021	32	11	10	7	8	2	14	17
20. Juni 2021	32	12	11	8	8	2	11	17
27. Juni 2021	29	13	11	8	7	2	15	16
04. Juli 2021	30	11	10	7	6	2	18	17
11. Juli 2021	31	11	10	6	7	1	15	19
18. Juli 2021	31	12	11	7	8	1	12	18
25. Juli 2021	29	12	10	6	8	1	15	19
01. August 2021	27	11	9	6	7	2	17	22
08. August 2021	29	11	9	6	8	2	14	21
15. August 2021	30	13	10	6	8	2	13	19
22. August 2021	27	13	11	6	7	3	15	18
29. August 2021	30	15	10	5	8	2	14	17
05. September 2021	29	14	11	5	11	1	10	19

* Anstelle von Haustürbefragungen wurden zwischen 06. September 2020 und 10. Januar 2021 telefonische Befragungen durchgeführt.

** Bis einschließlich 07. Februar 2021 die Partei »Gerechtes Russland«. Ab dem 14. Februar 2021 die vereinigte Partei »Gerechtes Russland – Für die Wahrheit«, bestehend aus den Parteien »Gerechtes Russland«, »Für die Wahrheit« und »Patrioten Russlands«.

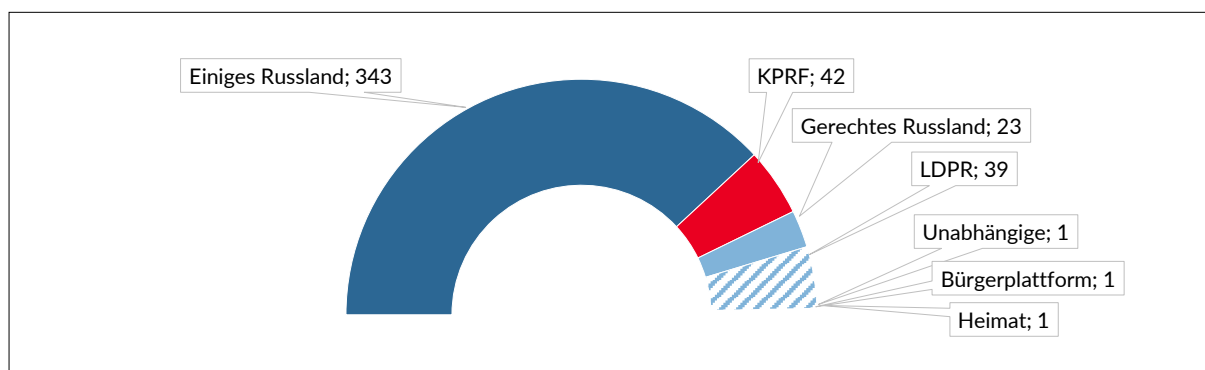
*** Andere Parteien als auf der von FOM vorgeschlagenen Liste. Vom 06. September 2020 bis einschließlich 10. Januar 2021 wurde die Frage folgendermaßen gestellt: »Wenn am nächsten Sonntag die Wahlen zur Staatsduma stattfinden würden, wie und für welche Partei würden Sie stimmen?«. Vom 17. Januar 2021 bis einschließlich 27. Juni 2021 wurde die Frage folgendermaßen gestellt: »Stellen Sie sich vor, am folgenden Sonntag finden Wahlen zur Staatsduma statt. Sagen Sie mir bitte, für welche Partei Sie stimmen würden.«

Quelle: Umfrage »FOMnibus« des Umfrageinstituts FOM vom 03. bis 05. September 2021; <https://media.fom.ru/fom-bd/d85pi2021.pdf>

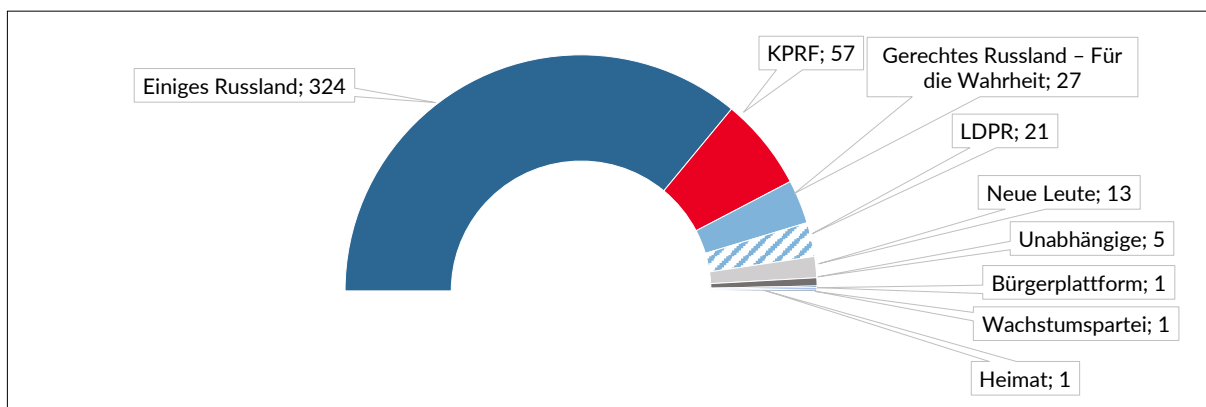
Tabelle 2: Ergebnisse der Dumawahlen in historischer Perspektive (nur Parteilisten, in Prozent)

	1993	1995	1999	2003	2007	2011	2016	2021
Einheit/Einiges Russland			23,3	37,5	64,3	49,3	54,2	49,8
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	12,4	22,3	24,2	12,6	11,5	19,1	13,3	18,9
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)	22,9	11,3	6	11,4	8,1	11,6	13,1	7,5
Gerechtes Russland/ Gerechtes Russland – Für die Wahrheit					7,7	13,2	6,2	7,5
Neue Leute								5,3
Jabloko	7,8	6,9	5,9	4,3	1,6	3,4	1,9	1,3
Demokratische Wahl Russlands/Wahl Russlands/ Union der Rechten Kräfte/ Rechte Sache	15,5	3,8	8,5	3,9	0,9	0,6		
Unser Haus Russland		10,1	1,1					
Vaterland			13,3					
Heimat				9				0,8
Frauen Russlands	8,1	4,6	2					
Agrarpartei	8	3,8		3,6	2,3			
Partei der russländischen Einheit und Eintracht	6,7	0,3						
Demokratische Partei Russlands	5,5			0,2	0,1			
Partei der Pensionäre			1,9	3			1,7	2,45
Wahlbeteiligung	54,8	64,7	61,8	55,6	63,7	60,2	47,8	51,7

Quellen: Michail Winogradow, Telegram, 19. September 2021, <https://t.me/Vinogradov74/1612>, und Redaktion der Russland-Analysen.

Grafik 3a: Mandate der Parteien in der Staatsduma 2016

Quelle: RBC, 24. September 2021, <https://www.rbc.ru/politics/24/09/2021/614a18399a79471a19f405d2>

Grafik 3b: Mandate der Parteien in der Staatsduma 2021

Quelle: RBC, 24. September 2021, <https://www.rbc.ru/politics/24/09/2021/614a18399a79471a19f405d2>

Tabelle 3: Mandate der Parteien in der Staatsduma 2021 im Vergleich zu 2016

	2016	2021
Einiges Russland	343	324
KPRF	42	57
Gerechtes Russland – Für die Wahrheit*	23	27
LDPR	39	21
Neue Leute	-	13
Unabhängige	1	5
Bürgerplattform	1	1
Wachstumspartei	-	1
Heimat	1	1

*Früher: Gerechtes Russland

Quelle: RBC, 24. September 2021, <https://www.rbc.ru/politics/24/09/2021/614a18399a79471a19f405d2>

Tabelle 4: Gewonnene Direktmandate in Einerwahlkreisen bei der Wahl zur Staatsduma 2021 (absolut und in Prozent)

	Anzahl	Prozent
Einiges Russland	198	88
KPRF	9	4
Gerechtes Russland – Für die Wahrheit	8	3,56
LDPR	2	0,89
Heimat	1	0,44
Wachstumspartei	1	0,44
Bürgerplattform	1	0,44
Neue Leute	0	0
Partei der Rentner	0	0
Jabloko	0	0
Kommunisten Russlands	0	0
Die Grünen	0	0
Partei der Freiheit und Gerechtigkeit	0	0
Grüne Alternative	0	0
Unabhängige	5	2,23

Quelle: Zentrale Wahlkommission Russlands, http://www.cikrf.ru/analog/ediny-den-golosovaniya-2021/p_itogi/

Tabelle 5: Dumawahlergebnisse 2021 in den Regionen (Parteien über der Fünfprozenthürde)

	Wahl- beteiligung	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland – Für die Wahrheit	LDPR	Neue Leute
Autonomer Kreis der Chanten und Mansen (Jugra)	46,43 %	41,40 %	18,15 %	5,90 %	12,49 %	6,49 %
Autonomer Kreis der Jamal-Nenzen	64,87 %	68,92 %	7,16 %	NA	13,49 %	NA
Autonomer Kreis der Nenzen	39,70 %	29,06 %	31,98 %	7,97 %	11,19 %	6,48 %
Autonomer Kreis der Tschuktschen	60,43 %	46,14 %	12,49 %	6,26	15,16 %	5,00 %
Jakutien (Sacha)	51,23 %	33,22 %	35,15 %	8,19 %	5,14 %	9,87 %
Jüdische Autonome Oblast	59,60 %	56,39 %	18,74 %	3,56 %	8,29 %	3,32 %
Oblast Wologda	45,53 %	34,31 %	21,69 %	10,34 %	12,46 %	7,55 %
Oblast Amur	39,10 %	34,32 %	26,55 %	5,54 %	14,17 %	7,04 %
Oblast Archangelsk	41,58 %	32,21 %	18,70 %	11,17 %	12,92 %	9,68 %
Oblast Astrachan	43,60 %	48,10 %	17,84 %	12,20 %	5,34 %	5,68 %
Oblast Belgorod	59,04 %	51,65 %	18,67 %	6,88	7,23 %	5,51 %
Oblast Brjansk	68,65 %	64,32 %	13,70 %	4,87 %	8,60 %	2,33 %
Oblast Irkutsk	36,59 %	35,53 %	27,81 %	6,67 %	8,58 %	9,81 %
Oblast Iwanowo	35,68 %	36,34 %	27,98 %	7,63 %	9,40 %	5,90 %
Oblast Jaroslawl	43,40 %	29,72 %	22,74 %	19,20 %	9,40 %	5,90 %
Oblast Kaliningrad	40,47 %	40,38 %	20,45 %	9,09 %	9,68 %	6,26 %
Oblast Kaluga	41,79 %	36,33 %	22,02 %	10,81 %	9,44 %	8,05 %
Oblast Kemerowo	69,87 %	70,75 %	9,35 %	5,69 %	6,24 %	NA
Oblast Kirow	45,08 %	29,54 %	18,27 %	18,44 %	12,80 %	8,18 %
Oblast Kostroma	37,17 %	30,26 %	28,47 %	11,42 %	9,93 %	8,50 %
Oblast Kurgan	46,31 %	36,07 %	23,45 %	10,51	11,78 %	6,61 %
Oblast Kursk	47,01 %	43,48 %	19,90 %	8,04 %	10,67 %	6,82 %
Oblast Leningrad	39,01 %	42,64 %	18,60 %	9,79 %	8,37 %	6,68 %
Oblast Lipezk	49,12 %	48,65 %	21,15 %	5,96 %	7,76 %	NA
Oblast Magadan	43,90 %	50,08 %	20,67 %	NA	8,95 %	5,23 %
Oblast Moskau	41,41 %	45,69 %	20,65 %	7,18 %	7,48 %	5,16 %
Oblast Murmansk	43,84 %	35,81 %	17,81 %	11,21 %	11,06 %	8,56 %
Oblast Nishnij Nowgorod	42,05 %	49,95 %	19,21 %	8,55 %	7,14 %	5,18 %
Oblast Nowgorod	37,48 %	32,51 %	21,33 %	14,37 %	9,24 %	7,63 %
Oblast Nowosibirsk	37,74 %	35,25 %	25,86 %	6,94 %	9,61 %	8,71 %
Oblast Omsk	39,42 %	32,90 %	31,19 %	8,26 %	7,22 %	7,62 %
Oblast Orenburg	45,88 %	38,36 %	26,16 %	7,58	9,44 %	6,03 %
Oblast Orjol	49,99 %	38,83 %	21,86 %	10,16 %	8,80 %	5,99 %
Oblast Pensa	57,50 %	56,22 %	17,24 %	6,09 %	7,50 %	NA
Oblast Pskow	41,95 %	40,07 %	21,52 %	9,05 %	8,64 %	6,23 %
Oblast Rjasan	45,89 %	47,79 %	19,99 %	8,22 %	9,13 %	5,89 %
Oblast Rostow	40,47 %	51,59 %	20,19 %	6,42 %	6,97 %	5,17 %
Oblast Sachalin	37,60 %	35,73 %	28,63 %	5,20 %	8,89 %	9,07 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Dumawahlergebnisse 2021 in den Regionen (Parteien über der Fünfprozenthürde) (Fortsetzung)

	Wahl- beteiligung	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland – Für die Wahrheit	LDPR	Neue Leute
Oblast Samara	43,08 %	35,73 %	28,63 %	5,20 %	8,89 %	9,07 %
Oblast Saratow	50,94 %	59,82 %	20,76 %	NA	5,14 %	NA
Oblast Smolensk	38,81 %	39,57 %	22,99 %	7,62 %	11,29 %	6,01 %
Oblast Swerdlowsk	45,95 %	34,71 %	21,31 %	12,85 %	8,59 %	8,23 %
Oblast Tambow	56,56 %	56,92 %	14,99 %	NA	NA	NA
Oblast Tjumen	57,80 %	51,30 %	13,49 %	11,65 %	10,27 %	NA
Oblast Tomsk	40,00 %	32,70 %	22,43 %	8,52 %	12,04 %	9,36 %
Oblast Tscheljabinsk	46,54 %	34,31 %	19,69 %	17,25 %	7,83 %	8,30 %
Oblast Tula	50,44 %	52,88 %	16,85 %	7,49 %	6,61 %	5,44 %
Oblast Twer	38,96 %	35,40 %	23,04 %	9,97 %	9,88 %	6,61 %
Oblast Uljanowsk	42,47 %	39,03 %	33,14 %	5,00 %	7,40 %	5,36 %
Oblast Wladimir	35,29 %	37,64 %	25,95 %	7,78 %	9,42 %	7,31 %
Oblast Wolgograd	64,96 %	58,43 %	14,77 %	5,77 %	11,12 %	3,01 %
Oblast Woronesch	50,20 %	55,75 %	19,61 %	5,23 %	6,04 %	5,09 %
Region Altai	38,26 %	33,68 %	30,54 %	9,86 %	9,10 %	6,09 %
Region Chabarowsk	44,31 %	24,51 %	26,51 %	6,46 %	16,18 %	7,72 %
Region Chakassien	34,82 %	33,36 %	29,85 %	6,58 %	8,02 %	9,85 %
Region Kamtschatka	38,72 %	34,76 %	23,87 %	6,92 %	11,66 %	8,75 %
Region Krasnodar	65,19 %	60,98 %	15,52 %	6,34 %	5,60 %	NA
Region Krasnojarsk	37,62 %	34,64 %	22,88 %	6,14 %	13,68 %	7,84 %
Region Perm	36,03 %	33,56 %	22,75 %	10,79 %	9,85 %	8,64 %
Region Primorje	39,00 %	37,42 %	28,24 %	6,19 %	7,71 %	5,59 %
Region Stawropol	60,43 %	61,84 %	14,91 %	9,31 %	NA	NA
Region Transbaikalien	36,15 %	38,33 %	20,11 %	8,36 %	12,26 %	9,44 %
Republik Adygeja	63,78 %	66,45 %	14,57 %	NA	6,54 %	NA
Republik Altai	43,00 %	38,50 %	30,09 %	8,85 %	7,85 %	NA
Republik Baschkortostan	73,09 %	67,42 %	14,76 %	NA	7,77 %	NA
Republik Burjatien	45,01 %	42,63 %	26,74 %	NA	5,74 %	11,22 %
Republik Dagestan	76,11 %	81,18 %	6,20 %	5,56 %	NA	NA
Republik Inguschetien	84,06 %	85,18 %	NA	5,13 %	NA	NA
Republik Kabardino-Balkarien	82,34 %	79,20 %	16,69 %	2,90 %	0,35 %	0,07 %
Republik Kalmückien	46,79 %	39,52 %	25,97 %	5,86 %	NA	12,23 %
Republik Karatschai-Tscherkessien	83,93 %	80,06 %	13,02 %	2,01 %	1,88 %	0,33 %
Republik Karelien	37,36 %	31,69 %	16,01 %	11,73 %	9,77 %	7,00 %
Republik Komi	36,73 %	29,44 %	26,88 %	8,33 %	11,96 %	9,57 %
Republik Krim*	49,75 %	63,33 %	9,15 %	5,93 %	7,75 %	NA
Republik Mari El	46,11 %	33,43 %	36,30 %	6,48 %	7,94 %	6,15 %
Republik Mordwinien	65,02 %	66,00 %	12,99 %	NA	7,75 %	NA
Republik Nordossetien-Alanien	83,10 %	71,12 %	11,49 %	NA	10,54 %	NA

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 5: Dumawahlergebnisse in den Regionen 2021 (Parteien über der Fünfprozenthürde) (Fortsetzung)

	Wahlbeteiligung	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland – Für die Wahrheit	LDPR	Neue Leute
Republik Tatarstan	78,92 %	79,01 %	9,64 %	NA	NA	NA
Republik Tschetschenien	94,42 %	96,13 %	NA	NA	NA	NA
Republik Tschuwaschien	58,00 %	37,18 %	22,51 %	14,91 %	6,79 %	5,71 %
Republik Tuwa	77,44 %	85,34 %	NA	NA	NA	NA
Republik Udmurtien	44,51 %	35,63 %	25,31 %	9,19 %	9,64 %	7,37 %
Stadt Moskau	50,30 %	36,97 %	22,66 %	7,34 %	7,08 %	7,09 %
Stadt Sankt Petersburg	37,35 %	35,06 %	17,90 %	10,81 %	6,20 %	7,52 %
Stadt Sewastopol*	49,26 %	56,45 %	12,62 %	7,55 %	8,85 %	5,30 %

* Völkerrechtlich nicht als Teil Russlands, sondern als ukrainisches Staatsgebiet anerkannt.

Anmerkung: Aufgeführt sind nur die fünf Parteien, die in ganz Russland die Fünfprozenthürde überschritten und somit in der Staatsduma der 8. Legislaturperiode vertreten sind. In einigen Regionen haben noch weitere Parteien mehr als fünf Prozent erlangt, für das Gesamtergebnis bleibt dies aber unerheblich.

Quelle: Itogi wyborow v Gosdumu - 2021 (Die Ergebnisse der Wahlen zur Staatsduma 2021), RIA Nowosti, Stand: 29.09.2021, https://ria.ru/20210919/vybory_gosduma-1749875690.html.

DEKODER

Die Evolution der Duma

Leonid Klimov und Dmitry Kartsev (dekoder)

Im Herbst 2021 geht die Staatsduma in die achte Legislaturperiode. Wie es dazu kommen konnte, dass das russische Parlament immer weniger Vollmachten hat, während die Regierungspartei Einiges Russland und der Präsident immer stärker werden – das erklären wir in dieser Übersicht.

Geburt der Duma

Am 11. Januar 1994 tagt die russische Staatsduma zum ersten Mal. Sie löst den Volksdeputiertenkongress und den obersten Sowjet Russlands als legislative Organe ab. Die Konfrontation zwischen diesen beiden Institutionen und Präsident Boris Jelzin hatte im Herbst 1993 zur politischen Krise geführt, die im Beschluss des Weißen Hauses gipfelte. Daraufhin gab es eine Volksabstimmung über die Verfassung und es fand eine Dumawahl statt. Wobei die Dumaabgeordneten im Vergleich zu den vormaligen Parlamentsabgeordneten nun deutlich weniger Vollmachten haben. Auch zeitlich wird die Arbeit der ersten Duma eingeschränkt: Statt vier soll sie nur noch zwei Jahre tagen – im Januar 1996 wird erneut gewählt. Die erste Duma wird manchmal auch als fünfte Duma bezeichnet, wobei dabei die vorrevolutionären Dumas mitgezählt werden – die allerdings weder vom Status noch von den Vollmachten her mit der ersten Duma von 1994 bis 1996 vergleichbar sind.

Der Tschetschenienkrieg

Das wichtigste Ereignis in der Legislaturperiode der ersten Duma ist der Erste Tschetschenienkrieg, den Boris Jelzin am 11. Dezember 1994 als »Einsatz zur Wiederherstellung der verfassungsrechtlichen Ordnung« begonnen hat. Die Lage in Tschetschenien wird zum heftig und meistdiskutierten Thema. Nach der Schlacht um Grozny und der Offensive auf weitere Gebiete Tschetscheniens wird Russland von einer Welle an Terrorangriffen überrollt. Einer der ersten Anschläge, der die russische Gesellschaft besonders stark erschüttert ist die Geiselnahme in einem Krankenhaus von Budjonnowsk. Sie fordert mehr als 180 Menschenleben. Mehr Duma-Debatten zieht später nur die Geiselnahme in der Schule von Beslan 2004 nach sich.

Revision

Zentrales Thema der ersten Duma ist der erst kürzliche Zerfall der Sowjetunion und die Frage nach einer möglichen Wiedervereinigung mit den ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Abgeordneten diskutieren unter anderem eine Revision des Belowescher Abkommens von 1991 und die »Wiederherstellung eines einheitlichen Staates«. In diesem Kontext geht es vor allem um Belarus, Transnistrien, und um die Zukunft der Schwarzmeerflotte sowie der Republik Krim. Mit der Zeit rückt diese Frage in den Hintergrund, um dann 20 Jahre später mit neuer Wucht wieder aufzutauchen.

»Das Problem um die Krim ist ein Problem Russlands – es geht nämlich um die Wiederherstellung eines einheitlichen Staates.«

14. April 1995, Sergej Baburin, Abgeordneter der ersten, zweiten und vierten Duma, Fraktion Der russische Weg, später Partei Rodina (Heimat)

Die Duma und der Präsident

Veto

Im Dezember 1995 wird die zweite Staatsduma gewählt. Keiner der Parteien gelingt es, eine absolute Mehrheit zu erreichen, doch die deutliche Mehrheit der Stimmen geht an die kommunistische KPRF, die im klaren Widerstreit mit Jelzin steht. Gerade mal ein halbes Jahr später gelingt Jelzin eine sensationelle Wiederwahl im Präsidentenamt, was den Konflikt mit dem Parlament nur noch befeuert: 273 Mal macht Jelzin in den Jahren 1996 bis 1999 von seinem Vetorecht Gebrauch, das heißt er verhindert beinahe jedes vierte Gesetzesvorhaben.

Krise

Im Sommer 1998 kommt es zu einer der schwersten Finanzkrisen in der jüngeren Geschichte Russlands. Die Regierung schafft es nicht, ihre Versprechen einzulösen, wobei auch die oppositionelle Duma einen großen Teil der Verantwortung trägt, weil sie dringend notwendige Stabilisierungsmaßnahmen blockiert. Schließlich erklärt die Regierung am 17. August den bedingten Staatsbankrott (russ. Defolt), der mit einer rapiden Abwertung des Rubel einhergeht. Für viele Russen ist der 17. August 1998 bis zum heutigen Tag eines der zentralen Symbole für die stürmischen wilden 1990er Jahre. Nach der Krise scheint Jelzin das Vertrauen in die Fähigkeiten der jungen liberalen Wirtschaftler verloren zu haben und setzt auf die Silowiki, zu denen auch der neue Chef des FSB gehört: Wladimir Putin.

Amtsenthbung

Durch die Wirtschaftskrise verschärft sich der Konflikt zwischen Jelzin und der Duma. Im Frühling 1998 verhindert die Duma zweimal Sergej Kirijenkos Ernennung zum Ministerpräsidenten und stimmt dieser erst im dritten Anlauf zu, um eine Auflösung der Duma abzuwenden. Im August und September verweigern die Abgeordneten dann Tschernomyrdins Ernennung für denselben Posten (den er schon vor Kirijenko innehatte). Diesmal sind sie wohl bereit, aufs Ganze zu gehen, sprich, auch beim dritten Mal gegen den Kandidaten des Präsidenten zu stimmen und gleichzeitig ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einzuleiten. Das hätte eine politische Krise zur Folge: Laut Verfassung hat der Präsident bei der dreifachen Ablehnung eines Kandidaten das Recht, die Duma aufzulösen – jedoch nicht, wenn bereits ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn läuft. Die Zeitungen berichten in diesen Tagen von einem »unmittelbar drohenden Bürgerkrieg«. Schließlich schlägt Jelzin beim dritten Mal Primakow für den Posten des Ministerpräsidenten vor, dessen Kandidatur geht durch, die Duma setzt ihre Arbeit fort. Doch kurze Zeit später wird das Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten wieder aufgenommen. Jelzin wird – neben der »Zerstörung« der Sowjetunion, dem Belowescher Abkommen, der Auflösung des Obersten Sowjets und dem Krieg in Tschetschenien – der »Genozid am russischen Volk« vorgeworfen, womit das Absinken des Lebensstandards und die demografische Krise gemeint sind, für die man Jelzin und seine Regierung verantwortlich macht. Am Ende reichen die Stimmen für ein Amtsenthebungsverfahren nicht aus und Jelzin behält auch diesmal seinen Posten. Aber aus der Konfrontation zwischen der Exekutive und der Legislative wird sein Nachfolger Wladimir Putin, der gerade in dieser Zeit die politische Bühne betritt, seine Lehren ziehen.

Das Erscheinen Putins

Jelzin – Putin

Einige Wochen vor der Erklärung des Staatsbankrotts ernennt Jelzin den bis dahin unbekanntenen Beamten Wladimir Putin zum Chef des FSB. Knapp einen Monat später fällt sein Name erstmals in der Duma. Auf dem Höhepunkt

des Konflikts zwischen den Abgeordneten und Präsident Jelzin, erklärt Putin, dass »diejenigen, die den Weg der Verfassungsverstöße wählen und versuchen, die Situation mit verfassungswidrigen Mitteln anzuhetzen, auf den nötigen Widerstand treffen werden«. In der Duma wird diese Aussage als eine Androhung der gewaltsamen Parlamentsauflösung nach dem Muster vom Oktober 1993 interpretiert.

»Als kleine Anmerkung, möchte ich den Kollegen sagen, dass diejenigen, die auf das Weiße Haus geschossen haben [...] allmählich aus dem Leben scheiden. Die Wege des Herrn sind unergründlich. Das sollte allen – sowohl den Putins als auch dem Rest – bewusst sein.«

2. September 1998, Jewgeni Loginow, LDPR-Abgeordneter der ersten, zweiten und dritten Duma

Putin

Ein Jahr später, im August 1999, wird Putin von der Duma zum Premier gewählt, wohlgermerkt im ersten Anlauf: Er wird von der Opposition nicht ernst genommen – die wartet einfach darauf, dass Jelzins Amtszeit endet, um bei der nächsten Wahl an die Macht zu kommen.

Die Geburtsstunde von Einiges Russland – Einheit

Am 31. Dezember 1999 gibt Boris Jelzin bei der Neujahrsansprache seinen Rücktritt bekannt. Damit beginnt die Putin-Ära. Aber bis zur Wahl, die Putin im ersten Durchgang gewinnt, sind es noch einige Monate. In der Zwischenzeit nimmt die im Dezember neu gewählte Duma kurz nach Neujahr ihre Arbeit auf. Auch diesmal hat die KPRF die Mehrheit, gefolgt von der Bewegung Jedinstwo (Einheit), die wenige Monate zuvor zu Putins Unterstützung ins Leben gerufen worden war. Die beiden vereinbaren, die Schlüsselposten im Parlament untereinander aufzuteilen. Doch schon 2001 entsteht eine neue Koalition. Zwei konkurrierende Parteien der Mitte, Jedinstwo (Einheit) und Otechestwo – Wsja Rossija, (Vaterland – Ganz Russland, OWR), geben ihren Zusammenschluss und die Gründung einer neuen Partei bekannt: Jedinaja Rossija (Einiges Russland). Damit beginnt die Bildung eines neuen Parteiensystems.

Duma der Reformen

Die dritte Duma (1999 bis 2003) ist das letzte Parlament, in dem noch eine gewisse Vielfalt politischer Kräfte Russlands besteht: von den Kommunisten (KPRF, 24 Prozent) bis hin zu den Liberalen (SPS, 8,5 Prozent und Jabloko, 6 Prozent). Sie ist auch die letzte Duma, in der es einen breiten Konsens braucht, um in der einen oder anderen Frage die Mehrheit zu bekommen. In dieser Periode wird der für die Entwicklung des Landes entscheidende Semelny Kodeks (Bodengesetzbuch) angenommen. Dieser erlaubt den freien Verkauf von Grund und Boden, wogegen sich die Mehrheit der Kommunistischen Partei in den vorhergegangenen Legislaturperioden vehement gewehrt hatte. Eine Steuerreform wird durchgeführt, im Zuge derer die Einkommensteuer für alle Bürger auf 13 Prozent gesenkt wird – unabhängig vom Einkommen. Schließlich wird auch noch ein Gesetzespaket zur Staatssymbolik verabschiedet, mit dem Russland die Sowjethymne wieder einführt.

Die Staatsduma – »kein Ort für Debatten«

Bei der Wahl 2003 schafft erstmals keine einzige liberale Partei den Einzug in die Duma. Dafür werden die Nationalpatrioten aus dem Block Rodina (Heimat) ins Parlament gewählt – wobei dieses Projekt wohl vom Kreml unterstützt wurde, um den Kommunisten Stimmen zu entziehen. Bei der nächsten Wahl hat sich Rodina bereits aufgelöst und ist teilweise in der Mittelinks-Partei Sprawedliwaja Rossija (Gerechtes Russland) aufgegangen. Zunächst sieht die Präsidialadministration sie beinahe als zweite Regierungspartei neben Einiges Russland vor, doch im Endeffekt wird sie zu einem Teil des soliden Modells der vier sogenannten Systemparteien, in die neben Einiges Russland und Gerechtes Russland noch die populistische LDPR und die seit Mitte der 1990er bestehende KPRF Eingang finden. Letztere stellt nur noch bei wenigen Themen eine Opposition dar. Die einstige Heterogenität der Parteien und Fraktionen verschwindet, keiner anderen Kraft ist seitdem der Einzug ins Parlament gelungen. Wohl deswegen ist die längere Ausföhrung des Dumavorsitzenden Boris Gryslow in der Erinnerung der Menschen auf eine kurze Formel geschrumpft: »Das Parlament ist kein Ort für Debatten.«

»Ich denke, die Staatsduma ist keine Plattform für politische Kämpfe, Losungen und Ideologien; sie ist eine Plattform für konstruktive und effektive Gesetzgebung.«

29. Dezember 2003, Boris Gryslow, Vorsitzender der vierten und fünften Duma

Die Herausforderungen der Zeit

Terrorismus

Am 1. September 2004 bringen Terroristen die Schule Nr. 1 in Beslan in ihre Gewalt. Beim Befreiungseinsatz kommt es zu einer Explosion, im Gebäude bricht Feuer aus. Mehr als 300 Menschen kommen ums Leben, unter ihnen sind mehr als 180 Kinder. Die Geiselnahme von Beslan ist bis heute der wohl schlimmste Terroranschlag in der Geschichte Russlands. Terrorismusbekämpfung wird zum meistdiskutierten Thema in der vierten Duma.

Die Orange Revolution

Im selben Jahr findet in der Ukraine die Präsidentschaftswahl statt, die Viktor Janukowitsch im zweiten Wahlgang gewinnt. Nach zahlreichen Meldungen über Wahlfälschung gehen in Kiew zehntausende Menschen auf die Straße, es beginnt die sogenannte Orangene Revolution. Die Regierung stimmt einem dritten Wahlgang zu, aus dem der Oppositionelle Wiktor Juschtschenko als Sieger hervorgeht. In Russland entfachen diese Ereignisse eine Debatte über eine vermeintliche Einmischung des Westens und die Gefahr, dass solche »Technologien« auch in der Russischen Föderation zum Einsatz kommen könnten.

Proteste

Schon im darauffolgenden Jahr, 2004, löst der Beschluss der Regierung über die Monetarisierung von Sozialleistungen die zahlenmäßig größte Protestwelle in der jüngeren Geschichte Russland aus.

Einmannwahlkreise und Parteilisten

Diese Ereignisse bedingen direkt oder indirekt die tieferschürfenden Veränderungen des politischen Systems. Einiges Russland, das in der vierten (2003) und fünften Duma (2007) die absolute Mehrheit innehat, kann jegliche von der Präsidentschaft vorgeschlagenen Gesetze annehmen, ohne die anderen Parteien berücksichtigen zu müssen. Unmittelbar nach dem Terroranschlag von Beslan wird die Direktwahl der Gouverneure abgeschafft. Sie werden fortan vom Präsidenten ernannt (formal nach Zustimmung des jeweiligen Lokalparlaments). Abgeschafft wird außerdem die Wahl von Dumaabgeordneten über Einmannwahlkreise, es bleiben nur Parteilisten. Die Mindestwahlbeteiligung wird ebenfalls abgeschafft; die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in die Duma wird auf sieben Prozent angehoben; abgeschafft wird auch die Spalte mit der Wahlmöglichkeit »gegen alle«. Dafür werden neue Regeln für die Registrierung von Parteien eingeführt, wodurch die Zahl der Parteien von einigen Dutzend auf rund zehn schrumpft. Bald darauf folgt eine Verfassungsreform, der zufolge die Legislaturperiode der Duma von vier auf fünf Jahre und die Regierungszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre angehoben werden.

»Wir müssen ein Regierungssystem erschaffen, das es präventiv unmöglich macht, unsere Gesellschaft aufzuwiegeln oder unsere staatlichen Strukturen zu stürzen.«

Wladimir Putin (2004)

»Unser Land macht gerade gigantische Transformationsprozesse durch und dabei wird seine Stabilität auf die Probe gestellt – durch innere und äußere Feinde. Diesen neuen Herausforderungen lässt sich nicht allein durch moralische Postulate [...] begegnen, es braucht entsprechende Gesetze, die mit entsprechenden Mitteln durchgesetzt werden.«

11. Februar 2006 Sergej Abelzew, LDPR-Abgeordneter der ersten, zweiten, vierten und fünften Duma

System-Opposition und Nicht-System-Opposition

Gesetzentwurf unterstützen

Mit dem zunehmenden Machtausbau des Präsidenten bildet sich die Unterscheidung zwischen einer System- und Nicht-System-Opposition heraus. Unter der System-Opposition versteht man Parteien, die in der Duma vertreten sind (die Regierungspartei Jedinaja Rossija, Einiges Russland, ausgenommen). Die anderen Fraktionen zeigen ihren oppositionellen Charakter dabei auf unterschiedliche Weise. So unterstützt die LDPR den Großteil der Gesetzentwürfe, während die KPRF, die mit mehr Abgeordneten vertreten ist, eher gegen diese stimmt (vgl. Verteilung nach Parteien). Unter der Nicht-System-Opposition versteht man politische Parteien und Kräfte, die nicht im Parlament vertreten sind – meist scheitern sie bereits beim Versuch der Registrierung als Partei. Sie rücken während der Proteste von 2011 bis 2013 ins Zentrum des politischen Lebens.

Die Bolotnoje-Bewegung und der durchgedrehte Drucker

Fälschungen

Im Dezember 2011 findet die nächste Dumawahl statt. Dank zahlreicher unabhängiger Beobachter werden großangelegte Fälschungen aufgedeckt. Am Tag nach der Wahl gehen in Moskau Demonstranten auf die Straße und fordern die Nicht-Anerkennung des Wahlergebnisses, laut denen die Regierungspartei Einiges Russland knapp über die Hälfte der Sitze im Parlament innehat. Die Bolotnoje-Protestbewegung erhält ihren Namen nach dem Bolotnaja Ploschtschad unweit des Kreml, auf dem ein paar Tage später eine Protestaktion mit Zehntausenden Teilnehmern stattfindet, erstmals seit Jahren. Solche in der Geschichte des Russlands unter Putin nie dagewesenen, politischen Proteste rufen bei den Machthabern ambivalente Reaktionen hervor. Einerseits beginnt eine Liberalisierung des politischen Systems: So werden (wenn auch mit einem komplizierten Filtersystem) die Gouverneurswahlen und Einmannwahlkreise bei der Dumawahl wieder eingeführt, wodurch Parteien sich einfacher registrieren lassen können. Andererseits verabschiedet die kremloyale Staatsduma (das Wahlergebnis wurde nie widerrufen) einige offensichtlich repressive Gesetze. In den sozialen Netzwerken heißt es, die vierte Duma arbeite wie ein »durchgedrehter Drucker«.

Repressive Gesetze

Miting/Demo

Die repressiven Gesetze, die nach den Protesten auf dem Bolotnaja Ploschtschad am 6. Mai 2012 verabschiedet werden, und der Beginn der dritten Amtszeit von Wladimir Putin verschärfen die Regeln für Protestaktionen – Demonstrationen, Versammlungen, Märsche. Bei Nichteinhaltung kommt es zu verwaltungs- und strafrechtlichen Sanktionen.

Geistige Klammern

Die Aktion von Pussy Riot in der Christ-Erlöser-Kathedrale ruft Diskussionen über traditionelle und familiäre Werte hervor. Die Duma stellt die Beleidigung der Gefühle von Gläubigen unter Strafe, verbietet »Schwulenpropaganda« unter Minderjährigen und verabschiedet das Dima-Jakowlew-Gesetz, das den Amerikanern verbietet, Waisenkinder aus Russland zu adoptieren (als Reaktion auf das Auftauchen der Magnitzki-Liste, die sich gegen russische Staatsbeamte richtet). In diesem Kontext führt Wladimir Putin den Terminus »geistige Klammern« in den Wortschatz ein.

Internet und TV

Mit dem Kinderschutz wird anfangs auch das Vorgehen gegen das Internet gerechtfertigt, das als Informationsquelle ähnlich wichtig wird wie das Fernsehen, das vollständig staatlich kontrolliert ist. Zunächst werden mehr und mehr Gründe für das Blockieren von Internetseiten angeführt. 2016 dann wird das Jarowaja-Gesetzes-Paket verabschiedet, so dass Geheimdienste in großem Umfang Zugriff auf das Netz bekommen.

Inostrannyj agent (Ausländischer Agent)

Im Sommer 2012 verabschiedet die Duma ein Gesetz über NGOs und führt den Begriff des ausländischen Agenten ein. Es wird später mehrfach überarbeitet und auch auf Medien und sogar Privatpersonen ausgeweitet. Vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen mit dem Westen spricht man in der Duma immer öfter von der sogenannten fünften Kolonne und der Notwendigkeit von Verboten und Einschränkungen für Menschen mit einer zweiten Staatsbürgerschaft oder einem Wohnsitz im Ausland.

Der Krim-Konsens

Direkt nach Putins Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 beginnt die Verabschiedung von konservativen und repressiven Gesetzen, doch wegen der Ereignisse von 2014 wird jede Diskussion darüber unterbunden. Nach dem Euro-Maidan in der Ukraine, der Angliederung der Krim, dem Krieg im Donbass, den Sanktionen des Westens und den russischen Gegensanktionen bildet sich in der politischen Elite der sogenannte »Krim-Konsens« heraus. Besonders deutlich wird er an den gestiegenen Zustimmungswerten für Wladimir Putin, aber auch an der Popularität der konservativen Idee einer »russischen Welt« (russ. russkij mir), die man dem »kollektiven Westen« entgegenstellt. Aus der Dumawahl 2016 geht Einiges Russland mit dem Rekordergebnis von 75 Prozent der Sitze hervor. Wenn auch bei einer erstaunlich niedrigen Wahlbeteiligung (nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten machte Gebrauch von ihrem Recht zu wählen) – es gingen vor allem diejenigen Bürger an die Wahlurnen, die von der Regierung dazu gedrängt wurden

Auf null setzen (obnuljat)

Die siebte Duma (2016 bis 2021) beginnt ihre Legislaturperiode mit zwei äußerst unbeliebten Beschlüssen: der Anhebung des Rentenalters und der Erhöhung der Mehrwertsteuer. 2020 stimmt sie außerdem einer von Putin initiierten Verfassungsreform zu. Manche dieser Verfassungsänderungen schreiben bloß fest, was längst Praxis ist: Einschränkungen für Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, Verbot von gleichgeschlechtlichen Ehen, Vorrang des nationalen über das internationale Recht. Andere Änderungen bauen die Macht des Präsidenten weiter aus. Und schließlich kommt ausgerechnet aus der Duma der Vorschlag, Putins Amtszeiten »auf null zu setzen« und ihm so zu ermöglichen, bis 2036 an der Macht zu bleiben. Putin hat also die Chance, während seiner Regierungszeit noch drei weitere Legislaturperioden der Duma zu erleben.

Über die Autoren

Leonid A. Klimov ist Kulturwissenschaftler, Wissenschaftsredakteur von dekodeer und Koordinator des dekodeer-lab.

Dmitry Kartsev ist Journalist, Germanist und Historiker, Redakteur für Auslandsberichterstattung beim Online-Medium Meduza und Redakteur bei dekodeer.org/ru. Zuvor arbeitete er für verschiedene russische Medien: bei den Zeitungen Wremja nowostej und Moskovskije nowosti, bei der Zeitschrift Russki reportjer, beim Online-Medium Gazeta.ru.

Dieser Text entstammt dem dekodeer-Special »Die Duma spricht«, das unter <https://duma.dekodeer.org> abrufbar ist: 27 Jahre, 7 Legislaturperioden, 385.000 Redebeiträge. dekodeer hat gemeinsam mit der Novaya Gazeta die Sitzungs-Stenogramme der russischen Staatsduma durchforstet, um herauszufinden worüber und wie oft welche Abgeordneten seit 1994 gesprochen haben.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekodeer.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

NOTIZEN AUS MOSKAU

Wird (all)es nach den Wahlen wieder besser?

Jens Siegert (Moskau)

Vor den Dumawahlen Mitte September haben politische Repressionen gegen alles (für den Kreml) auch nur halbwegs oppositionell Aussehende in Russland neue, postsowjetische Höhepunkte erklommen. Die Angst, Wahlen könnten (erneut) zum Trigger für größere Proteste werden (wie in der Ukraine 2004/2005, in Russland selbst 2011/2012 und vor allem in Belarus ab August 2020), ist offensichtlich sehr groß. Der repressive und propagandistische Overkill der vergangenen Monate sollte allen Widerstand gegen die erneut mit vielerlei unlauteeren Mitteln erzwungene Zweidrittel-Mehrheit für *Einiiges Russland* von vornherein zwecklos erscheinen lassen.

Das ist eindrucksvoll gelungen, denn die einzigen nennenswerten Proteste kamen von den handzahmen

Kommunisten, bei denen, trotz eines sich andeutenden Generationswechsels, nie ganz sicher ist, was und wieviel vorher mit der Präsidentschaftsverwaltung abgesprochen ist. Der massive staatliche Druck und die kaum maskierten Manipulationen bei der Wahlzulassung waren zugleich effektives Erwartungsmanagement. Kaum jemand erwartete danach etwas Anderes als das, was dann auch eintrat: Massive Manipulationen und Fälschungen bis zu der auf drei Tage gestreckten Wahl mit dem vorauszusehenden Ausgang. Die fehlenden Erwartungen zusammen mit den erheblich gestiegenen Risiken in Form von hohen Geldstrafen, mehrwöchigen Arresten oder gar Haftstrafen haben eventuellen Protesten schon vorzeitig den Wind aus den Segeln

genommen. Die russische Politologin Tatjana Stanowaja konstatierte das in ihrem Telegram-Kanal mit einem russischen Sprichwort trocken: *Protiw loma net prijoma*. Etwa: *Gegen eine Brechstange hilft nichts*. Damit drückt sie aber auch schon aus, dass wir gerade Zeuge einer neuen Phase in Putins Herrschaft sind, deren dominierendes Merkmal mehr und mehr pure Gewalt und die rigide Durchsetzung eines sich verabsolutierenden Herrschaftsanspruchs zu werden scheint.

In den vergangenen Monaten haben nicht Wenige vermutet, dass das Niveau staatlicher Repression nach, aus Kremlsicht, erfolgreichen *Wahlen* (die nicht wirklich eine Wahl lassen), wieder kleiner werden wird. Ich bezweifle das. Nichts in den inzwischen gut zwanzig Jahren von Putins Herrschaft weist darauf hin, dass einmal eingeführte Repressionsinstrumente (so sie sich als *effektiv* erwiesen haben) wieder eingemottet würden. Zumindest ist das bisher noch nie geschehen.

Alle staatlichen Kampagnen haben einen Vorlauf, eine intensive Hochzeit und ein meist weniger intensives Nachleben. Aber das unter Putin entwickelte (oder sich entwickelnde) politische System hat halt eines: *System*. Die vielleicht größte Konstante dieses *Systems* war es bisher, dass jede Krise, jedes als eine (Herrschafts-)Krise wahrgenommenes Ereignis oder eine bewusst für diesen Zweck hervorgerufene Krise (z. B. Tschetschenienkrieg, Beslan, Nord-Ost, 1. Maidan 2004/2005, Winterproteste 2011/2012, 2. Maidan 2013/2014, Nawalnyjs wachsende Mobilisierungsfähigkeiten), als Gefahr und Herausforderung für Putins Macht interpretiert und darauf mit dem Abbau von demokratischen Beteiligungs- und Freiheitsrechten reagiert wurde. In all den über 20 Jahren wurde keine dieser Einschränkungen wieder zurückgenommen.

Sind neue, repressive Gesetze erst einmal in Kraft, so werden sie auch, mal schneller, mal langsamer, mal systematischer, mal erratischer angewandt. Oft zeigt sich ihre verheerende Wirkung erst in der nächsten oder übernächsten Krise. Das beste Beispiel ist das Gesetz über die sogenannten *ausländischen Agenten*. 2013 ging es vor allem darum, oppositionellen NGOs das Leben ein wenig schwerer zu machen. Nur wenige Organisationen wurden geschlossen oder gaben auf. Wer einigermaßen widerstandsfähig war (und leidensfähig natürlich), konnte gut und nur wenig gestört weiterarbeiten. Die Liste der *Agenten* wurde seither immer länger. Inzwischen wurden 145 NGOs, Medien und Einzelpersonen (Stand: 30.9.2021) zu *ausländischen Agenten* erklärt. Die Einstufung neuer *Agenten* geschah aber eher situativ als Reaktion des Staates, eine Systematik war dabei bisher nicht zu erkennen. Als Reaktion auf die Herausforderung durch Nawalnyj können inzwischen auch Individuen, darunter auch Ausländer, die in Russland leben, und Medien zu *Agenten* erklärt werden. Ihre Zahl hat

sprunghaft zugenommen. Am 29. September, also zehn Tage nach der *Dumawahl*, wurden 23 Individuen und Organisationen zu neuen *Agenten* erklärt. Das ist bisher die größte Anzahl an einem einzigen Tag. Alles spricht also dafür, dass es eher zu einer Beschleunigung kommt und mit weiteren politischen Repressionen zu rechnen ist.

Diese These unterstützt auch ein Blick zurück auf die bisherigen Etappen von Putins Herrschaft. Sie lässt sich bis 2020 in zwei große Phasen einteilen, die 2000er Jahre bis zur Weltfinanzkrise 2008/2009 und die 2010er Jahre bis vor etwa drei Jahren). Dazwischen gab es eine kurze Übergangphase. Diese beiden Phasen wurden jeweils von einer großen Erzählung begleitet, die der Legitimierung dienen sollte. In den 2000er Jahren trat Putin (mit einigem Recht) als derjenige auf, der nach den sogenannten *chaotischen* 1990er Jahren, dem Land Stabilität, vor allem aber stetig wachsenden Wohlstand für (fast) alle gebracht hat. Diese Erzählung scheiterte am Ende des Jahrzehnts am Verdruss über gesellschaftliche Stagnation, symbolisiert durch Putins Rückkehr nach vier Jahren Interimspräsident Medwedjew. Es fehlte der Glaube, Putin könne dem Land nach dem Ende des durch Erdöl und Erdgas getriebenen enormen Wirtschaftswachstums neue Impulse geben. Sichtbarster Ausdruck dieses Scheiterns waren die Winterproteste 2011/2012, die sich zwar an einer gefälschten *Dumawahl* entzündeten, aber ohne (Wirtschafts-)Stagnation und Putin-Überdruss wohl kaum so entstanden wären. In dieser Situation erfand sich Putin neu als derjenige, der Russland wieder *von den Knien erhoben* hat. Er heilte sozusagen, vor allem mit der Krimannexion, aber auch mit der generellen Frontstellung zum Westen, die Kränkung, die durch den Abstieg Russlands von einer der beiden Supermächte im Kalten Krieg zu einer (so von Obama ziemlich unglücklich betitelten) *Regionalmacht* hervorgerufen worden war. Der sogenannte *Krimkonsens* brachte Putin für ein paar Jahre auf bis dahin unerreichte Popularitätshöhen von mehr als 80 Prozent Zustimmung. Die Erzählung von Russland als belagerter Festung und verstärkte Repressionen gegen die Opposition als angebliche *Feinde im Inneren* sind Teil dieses Konsenses.

Der *Krimkonsens* zerfiel ab 2018. Erneut brauchte es einen Anlass, um den zuvor schon wachsenden Unmut politisch wirksam werden zu lassen. Diesmal war es der gescheiterte Versuch, im Windschatten der Fußballweltmeisterschaft das Rentenalter zu erhöhen. Der Kreml reagierte schnell. Die Reform fiel weniger radikal aus und das Rentenalter wurde weniger stark heraufgesetzt als anfangs angekündigt. Das half aber wenig. Der Schaden war schon entstanden. Putins Popularitätswerte sanken auf das Vorkrimniveau von um die 60 Prozent und haben sich seither nicht erholt. Die

mobilisierende Wirkung neuer nationaler Größe hatte einen großen Teil ihrer Wirkung verloren. Sie ist nicht weg, trägt aber weit weniger und ist kaum mehr in der Lage, die alltäglichen Sorgen und Nöte, vor allem aber die seit der Weltfinanzkrise schwache Wirtschaftsentwicklung zu kompensieren.

Nun hat politische Herrschaft immer drei Stellschrauben: Legitimität, Wirtschaft und Gewalt. Die Wirtschaft trägt immer weniger. Das betrifft vor allem die Zukunftserwartungen. Nur noch wenige Menschen in Russland glauben, dass Putin das Land wieder wirtschaftlich (und damit auch sozial) voranbringen kann. In den 2000er Jahren hatten wirtschaftliche Stabilität und Wachstum einen großen Teil der Legitimität Putins ausgemacht. In den 2010er Jahren der (Wieder-)Aufstieg zur – mehr gefürchteten denn geachteten – Großmacht. Auch diese (Macht-)Ressource ist weit weniger wirksam geworden. Das verstärkt noch einmal die Rolle dessen, was Putin und viele in seiner Umgebung (wohl auch biographisch bedingt) am besten verstehen: Gewalt. Das dürfte die nächste Zukunft bestimmen.

Eine kleine Beobachtung am Rande: Autoritäre Herrschaft zeichnet sich meist durch mehr Freiheiten im Zentrum als an der Peripherie aus. Mit voll ausgebildeten Diktaturen ist es oft umgekehrt. Bis vor kurzem war Moskau (und, mit Abstrichen, St. Petersburg) die

Hochburg der Opposition. Hier war noch Vieles möglich, was anderswo schon längst nicht mehr denkbar war. Hier gab es eine ganze Reihe oppositioneller Kommunalabgeordneter. Hier fanden die größten Demonstrationen statt (auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl). Hier bestand die Gefahr (für den Kreml), dass Direktwahlkreise bei der diesjährigen *Dumawahl* von oppositionellen Kandidierenden erobert werden würden. Im vergangenen Jahr hat sich das geändert. Kaum etwas ist mehr in Moskau möglich, dafür leben einige Regionen geradezu auf.

Zum Schluss noch etwas Ermutigendes. Die gesellschaftliche (nicht die politische) Modernisierung ist in Russland weiter als es der äußere Anschein vermuten lassen mag. Trotz der weiteren Verhärtung der Putinschen Herrschaft ist das Land heute viel moderner und, in gewisser Weise, westlicher als je zuvor, auch und gerade im Vergleich mit den liberalen 1990er Jahren. Es ist gerade diese auf den ersten Blick nicht so offensichtliche gesellschaftliche Modernität, die dem Kreml Angst macht und große Sorgen bereitet. Sie ist es, die die Repressionen *geradezu erzwingt* – jedenfalls aus Sicht derjenigen, die ihre Macht nicht verlieren wollen, sie aber anders auch bei diesem Volk nicht mehr halten zu können meinen.

Über den Autor

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und hat sich seither bis Anfang 2021 im Auftrag der EU bemüht, *Public Diplomacy* in und mit Russland zu fördern. Im Juli erschien sein neues Buch »Im Prinzip Russland. Eine Begegnung in 22 Begriffen«.

Covid-19-Chronik, 13. – 26. September 2021

13.09.2021	Mehr als 500 von 3.400 Mitarbeiter:innen des Bolschoi-Theaters in Moskau haben sich in der Corona-Pandemie mit dem Sars-Cov-2-Virus infiziert, teilt der Generaldirektor des Theaters Wladimir Urin mit. Derzeit seien elf Menschen erkrankt. Das Theater hat Auslandstourneen wegen der Pandemie bis Frühjahr 2022 abgesagt.
13.09.2021	Das internationale Wissenschaftsjournal »The Lancet« publiziert eine Studie aus Argentinien, wonach die erste Impfung des russischen Impfstoffs »Sputnik V« zu 78,6 Prozent gegen eine Coronavirus-Infektion schützen soll. Dies wurde demnach jedoch nicht für die Delta-Variante des Virus geprüft. Der »Sputnik Light«-Impfstoff hat sich laut Studie bei älteren Menschen im Alter von 60 bis 79 Jahren zu 78,6 bis 83,7 Prozent als besonders wirksam gegen das Coronavirus erwiesen.
14.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin begibt sich in Quarantäne. In seinem Umfeld hätten sich mehrere Personen mit dem Coronavirus infiziert, teilt der Kreml mit, Putin selbst sei gesund. Mitarbeiter:innen aus Putins Umfeld seien nicht rechtzeitig nachgeimpft worden, teilt die Nachrichtenagentur Interfax mit. Putins Sprecher Dmitrij Peskow sagt, dass sich Putin vor der Entscheidung zur Selbstisolation mit dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad getroffen habe. Er sei aber nicht wegen dieses Treffens in Quarantäne gegangen. Ein Treffen mit dem tadschikischen Präsidenten in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe nimmt Putin daraufhin per Videokonferenz wahr, außerdem nimmt er virtuell am Gipfel der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) teil, der Afghanistan zum Thema hat.
14.09.2021	Russland liefert 600 Liter Impfsbstanz zur Herstellung von »Sputnik V« nach Serbien. Dies reiche aus, um eine Million Dosen des Arzneimittels zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu dosieren. Zuvor hatte der serbische Präsident Aleksandar Vucic mitgeteilt, dass Serbien 545.000 Dosen der ersten und zweiten Komponente des russischen »Sputnik V«-Impfstoffs hergestellt habe.
15.09.2021	In St. Petersburg eröffnet ein Zentrum zur Erforschung des Post-Covid-19-Syndroms.
15.09.2021	Die russische Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« teilt mit, dass etwa eine Million Russ:innen vollständig mit dem russischen Vakzin »EpiVac-Corona« geimpft wurden.
15.09.2021	In St. Petersburg steigt die Zahl der täglichen Krankenhauseinweisungen von Covid-19-Patient:innen deutlich an. 300 Patient:innen seien eingewiesen worden, teilt die Stadtverwaltung mit, am Vortag waren es noch 193.
15.09.2021	Der Iran lässt den Impfstoff »Sputnik Light« zu, der eine Einfachimpfung gegen das Coronavirus vorsieht.
16.09.2021	In St. Petersburg erreicht die Zahl der in Krankenhäuser eingewiesenen Corona-Patient:innen einen neuen Höchststand. 345 Menschen seien zuletzt eingeliefert worden, teilt die Stadtverwaltung mit, das sei ein Höchststand seit Anfang August.
16.09.2021	Der russische Impfstoff »Sputnik V« hat laut einer Studie von Ärzt:innen der Argentinischen Nationalen Universität von Cordoba verglichen mit dem »Sinopharm«- und dem »AstraZeneca«-Impfstoff eine höhere Antikörperwirksamkeit. Dies gelte gegen den Delta-Stamm bei Patient:innen, die zuvor an Covid-19 erkrankt waren. Das teilt die Nachrichtenagentur Interfax mit und beruft sich auf Daten der Zeitung »La Nacion«.
16.09.2021	Die Türkei erlaubt Russ:innen die Einreise nur noch mit einer »Sputnik V«-Corona-Impfung oder einem PCR- oder Antigentest. Andere russische Impfstoffe sind nicht zugelassen.
16.09.2021	Die WHO setzt das Zulassungsverfahren für den »Sputnik V«-Impfstoff in der Corona-Pandemie aus. Der stellvertretende Direktor der bei der WHO tätigen Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO), Jarbas Barbosa, begründet dies mit Produktionsmängeln, die überprüft würden.
17.09.2021	Russland und Nicaragua unterzeichnen einen Vertrag zur Lieferung der russischen Corona-Impfstoffe »Sputnik V« und »Sputnik Light«. Details zu Umfang und Datum der Lieferungen werden zunächst nicht bekannt.
19.09.2021	Andrej Isajew, Leiter des Moskauer Zentrums für molekulargenetische Forschung (DNKOM), teilt mit, dass ein neuer Stamm des »mu«-Coronavirus in Russland angekommen sei. Diese Variante sei noch nicht in der Liste der besorgniserregenden Stämme der WHO enthalten, werde aber überwacht.
19.09.2021	Das russische Pharmaunternehmen R-Pharm beginnt mit der Produktion des britisch-schwedischen Coronavirus-Impfstoffs »AstraZeneca«. Der Impfstoff solle ausschließlich exportiert werden, teilt die Nachrichtenagentur Ria Nowosti mit, da Russland selbst nur eigens entwickelte Vakzine nutze.
20.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin ist wegen Covid-19-Fällen in seinem Umfeld weiter in Quarantäne und nimmt an Veranstaltungen nur virtuell teil, darunter ein Treffen mit den Leitern der Regionen, die bei den jüngsten Wahlen zur russischen Duma gewonnen haben.
20.09.2021	Armenien beginnt mit der Produktion des russischen Corona-Impfstoffs »Sputnik Light«.

20.09.2021	Russland liefert 700.000 Dosen des Corona-Impfstoffs »Sputnik V« nach Guatemala.
21.09.2021	Russland nimmt wieder Flüge nach Spanien, Irak, Kenia und in die Slowakei auf, die während der Corona-Pandemie ausgesetzt worden waren. Auch Flüge in die Türkei und nach Ägypten finden von den internationalen Flughäfen Pskow, Magadan, Murmansk und Tschita wieder statt. Nach Spanien können Russ:innen weiter nicht zum Urlaub einreisen, nur zum Arbeiten, Studieren und zu ärztlichen Behandlungen.
21.09.2021	Russland liefert 200.000 Dosen des russischen Corona-Impfstoffs »Sputnik V« nach Venezuela.
21.09.2021	Finnland verlängert das coronabedingte Einreiseverbot für russische Tourist:innen bis 31. Dezember 2021. Die estnische Regierung teilt der Nachrichtenagentur Tass zufolge mit, dass alle geimpften Russ:innen ohne Einschränkungen einreisen dürften. Diese gelte bereits seit Juni.
22.09.2021	Dmitrij Ljosnow, Direktor des Smorodinzew-Forschungsinstitut in St. Petersburg teilt mit, dass das Institut bis Ende 2021 mit klinischen Studien zum von ihm entwickelten Corona-Impfstoff beginnen werde, der in die Nase injiziert werde.
22.09.2021	Russland liefert Laos 30.000 Dosen des Corona-Impfstoffs »Sputnik Light«.
22.09.2021	In Russland ist der Nachrichtenagentur Tass zufolge eine neue Variante des Coronavirus mit Beta- und Delta-Stamm Mutationen gefunden worden. Demnach hätten Biolog:innen herausgefunden, dass diese Art des Coronavirus vermutlich bereits im Februar dieses Jahres in Russland aufgetaucht sei und sich ab Mai verbreitet habe.
22.09.2021	Die Corona-Inzidenz in Russland steigt wieder. Die Chefin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadsor«, Anna Popowa, teilt mit, dass in 36 von 85 russischen Subjekten eine Zunahme der Coronafälle registriert worden sei, zuvor seien die Zahlen in nur elf Subjekten gestiegen.
23.09.2021	In St. Petersburg steigen die Zahlen der Krankenhauseinweisungen von Patient:innen mit dem Coronavirus erneut. Zuletzt seien 355 Patient:innen aufgenommen worden, eine Woche zuvor seien es 345 gewesen, teilt die Verwaltung des Gouvernements mit. Damit steige die Zahl auf einen neuen Höchststand seit August. Auf dem Höhepunkt der Epidemie Ende Juni hatte die Zahl der Krankenhauseinweisungen in St. Petersburg deutlich mehr betragen und 1.000 Einweisungen pro Tag überschritten.
23.09.2021	Südafrika lockert die Einreisebeschränkungen in der Corona-Pandemie und erlaubt Russ:innen wieder die Einreise, wenn sie einen negativen PCR-Test vorlegen.
24.09.2021	Russland wird keine Delegation zur Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) im französischen Straßburg entsenden. Hintergrund sei, dass die französischen Behörden den russischen Impfstoff »Sputnik V«, der vor Covid-19-Infektionen schützen soll, nicht anerkennen, teilt die Nachrichtenagentur Interfax mit.
24.09.2021	Russland meldet einen Rekord an Covid-19-Toten. 828 Todesfälle durch Covid-19 seien registriert worden, teilt die Regierung mit. Außerdem sei die Zahl der Krankenhauseinweisungen von Patient:innen mit dem Coronavirus in der russischen Hauptstadt Moskau im Vergleich zur Vorwoche um 15 Prozent gestiegen, die der Neuinfektionen um 24 Prozent. Die Delta-Variante machte 100 Prozent aller Neuinfektionen aus.
24.09.2021	Mehrere Oblaste in Russland verschärfen die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus, darunter Sacha (ehemals Jakutien), wo der Zeitung »Moscow Times« zufolge Einkaufszentren wieder geschlossen seien und Schulen auf Fernunterricht umstellten. Verschärfungen seien auch in Kursk, Tscheljabinsk, Iwanowsk, Uljanowsk und Saratow der Fall. In Saratow habe die Zahl der seit Beginn der Pandemie mit dem Coronavirus infizierten Einwohner:innen 85.000 überschritten, zuletzt seien im Laufe eines Tages 272 Infektionsfälle registriert worden. Dies sei ein Höchstwert seit Dezember 2020, teilte die örtliche Regierung mit. In Udmurtien war beschlossen worden, die Bettenkapazität für Patient:innen mit dem Coronavirus zu erhöhen. In der Oblast Leningrad hatte der Gouverneur Besuche in Krankenhäusern, Waisenhäusern und Internaten untersagt.
24.09.2021	Ägypten lässt die in Russland entwickelte Einfach-Impfung mit »Sputnik Light« zu. Bereits im Februar 2021 war die Zweifach-Dosierung mit »Sputnik« zur Eindämmung der Corona-Pandemie anerkannt worden.
24.09.2021	Dschibuti erleichtert die Reisebeschränkungen für Russ:innen in der Corona-Pandemie. Mit einem Visum und einem PCR-Test könnten diese nun einreisen, teilt die Nachrichtenagentur Tass mit.
25.09.2021	Das vietnamesische Pharmaunternehmen »Vabiotek« teilt mit, dass es eine erste Charge des russischen Impfstoffs »Sputnik V« produziert habe und zur Eindämmung der Corona-Pandemie im eigenen Land nutzen werde.
26.09.2021	In St. Petersburg infizieren sich wieder mehr Menschen mit dem Coronavirus. Zuletzt hatten sich der Nachrichtenagentur Tass zufolge 2.055 Menschen pro Tag infiziert, erstmals war dieser Wert von 2.000 pro Tag im Juli überschritten worden.
26.09.2021	In Russland sterben wöchentlich mehr Menschen als seit Beginn der Corona-Pandemie gemessen wurde, das teilt die Nachrichtenagentur Tass mit. Demnach seien zuletzt 5.682 Tote registriert worden.

CHRONIK

13. – 26. September 2021

13.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht die Militärübung »Sapad 2021« auf den Truppenübungsplatz Mulino in der Oblast Nischni Nowgorod. Diese führen russische und belarussische Einheiten auf 14 Truppenübungsplätzen in Russland und Belarus und im Baltischen Meer durch. Estlands Außenministerin Eva-Maria Liiemets sagt, die Übung löse ernsthafte Sicherheitsbedenken aus. Gemeinsame Militärmanöver und -übungen werden regelmäßig von Russland, Belarus und weiteren Staaten wie Armenien, Indien, Kasachstan, Kirgisistan und Mongolei durchgeführt.
13.09.2021	Mehr als 4.000 Einwohner:innen der Region Magadan stimmen vorzeitig bei den Wahlen zur Staatsduma ab. Wie die Nachrichtenagentur Interfax mitteilt, gelangend für Mitglieder der Wahlkommission mit Hubschraubern, Booten und Geländefahrzeugen zu den entlegensten Punkten der Region. Die vorgezogene Abstimmung begann am 29. August und endet am 16. September.
13.09.2021	Der inhaftierte Kremlkritiker und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj reicht gegen die Generalstaatsanwaltschaft und die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« Klage ein. Hintergrund ist die Sperrung von knapp 50 Internetseiten, die in Verbindung mit Nawalnyj stehen. Die Medienaufsichtsbehörde begründet die Sperrung mit »Propaganda« und »extremistischen Tätigkeiten«.
13.09.2021	In der Oblast Moskau beginnt angesichts von Temperaturen von etwa Null Grad die Heizsaison. Das teilt der Energieminister der Region, Alexander Samarin, mit. In den Wochen zuvor war es in Noginsk und Jelez nahe Moskau zu Explosionen in Wohnhäusern gekommen, zehn Menschen starben. Russ:innen heizen in der Übergangsphase im Herbst, wenn die Kommunen die zentralen Heizungen noch nicht einschalten, oft mit Gasherden, was regelmäßig zu Explosionen führt.
13.09.2021	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« sperrt die Internetseite des Kremlkritikers Michail Chodorkowskij, die über Kandidat:innen für die Wahl zur Staatsduma informiert. Die Internetseite wird in das Register unerwünschter Organisationen eingetragen mit der Begründung, darüber würden rechtswidrig Informationen verbreitet. Bereits am 5. August hatte die Behörde Internetseiten gesperrt, darunter auch die der Investigativplattform »Open Media«. Diese steht der Aufsichtsbehörde zufolge mit Chodorkowskij in Verbindung.
14.09.2021	Der syrische Präsident Baschar al-Assad trifft überraschend den russischen Präsidenten Wladimir Putin im Kreml zum Gespräch. Darin geht es unter anderem um Streitkräfte in Syrien. Putin kritisiert die Anwesenheit türkischer Truppen, die gegen das Assad-Regime kämpfen.
14.09.2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt das Menschenrechtsprojekt »nasiliju.net« und deren Leiterin Anna Riwina zu einer Geldstrafe von insgesamt 400.000 Rubel (etwa 4.700 Euro). Zur Begründung heißt es, die Plattform, die sich gegen häusliche Gewalt einsetzt, habe nicht angegeben, dass sie ein sogenannter ausländischer Agent mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland sei.
14.09.2021	Ein Moskauer Gericht verurteilt die Kurznachrichtendienste Twitter und Telegram zu einer Geldstrafe von fünf Millionen Rubel (etwa 59.000 Euro) und neun Millionen Rubel (etwa 106.000 Euro). Die Unternehmen hätten in Russland verbotene Inhalte nicht gelöscht.
14.09.2021	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte teilt mit, dass die russischen Behörden mit der Weigerung, die »Nationalbolschewistische Partei« des Schriftstellers und Politikers Eduard Limonow (Sawenko) als Partei anzuerkennen, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen haben. Das Gericht fordert von der Russischen Föderation zudem eine Solidaritätszahlung an die Beschwerdeführer:innen, unter ihnen auch Kinder von Limonow. Beschwerdeführer Dmitrij Agranowskij zieht deshalb in Betracht, vor das Moskauer Stadtgericht zu ziehen. Die Partei Limonows war 2007 durch ein Gerichtsurteil für extremistisch erklärt worden. Limonow starb im Frühjahr 2020.
15.09.2021	Der inhaftierte Kremlkritiker und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj legt Berufung gegen Beschränkungen für seine Anwält:innen ein, die ihn in Haft besuchen. Unter anderem will Nawalnyj erwirken, dass seine Verteidiger:innen Laptops und Smartphones in die Haftanstalt mitnehmen dürfen.
15.09.2021	Kurz vor der Wahl zur russischen Staatsduma erklärt Wahlleiterin Ella Pamfilowa, dass 413.616 Beobachter:innen daran teilnahmen. Etwa 250 internationale Beobachter:innen werden bei den Wahlen anwesend sein, teilt die Nachrichtenagentur Interfax mit. Im Ausland wird dies kritisiert, die Beobachter:innen kämen überwiegend aus mit Russland befreundeten Staaten, der GUS etwa. Westliche Beobachter:innen hatten ihrerseits überwiegend eine Teilnahme abgesagt.
15.09.2021	Im Vorfeld der Wahl werden bei der Wahlkommission Wahlbeschwerden eingereicht. In 25 Fällen etwa seien Menschen zur elektronischen Stimmabgabe genötigt worden, teilt die Leiterin der Wahlkommission, Ella Pamfilowa, mit.

15.09.2021	Der russische Außenminister Sergej Lawrow fordert eine Stellungnahme aus Washington, nachdem Russland Beweise für Wahleinmischung aus den USA vorgelegt habe. Westliche Internetplattformen hätten sich demnach geweigert, in Russland verbotene Inhalte zu löschen.
16.09.2021	Der Chef der russischen Weltraumbehörde Roskosmos, Dmitrij Rogosin, teilt mit, dass Russland und Kasachstan eine Vereinbarung zur Errichtung einer Startvorrichtung der Sojus-5-Trägerrakete im kasachischen Baikonur unterzeichnet haben.
16.09.2021	Vertreter:innen des Technologiekonzerns Apple teilen auf einer Sitzung der Kommission des Föderationsrats zum Schutz der staatlichen Souveränität mit, dass sie die »Smart Voting«-App des inhaftierten Kremlkritikers und Oppositionspolitikers Nawalnyj aus rechtlichen Gründen nicht aus dem App-Store löschen würden. Im Vorfeld der Wahl drängt die russische Medienaufsichtsbehörde Google und Apple mit Bußgeldern, sollten sie die Wahl-App nicht löschen. Kommissionsmitglied Wladimir Dschabarow, gibt an, die App unter dem Namen »Nawalnyj« zu führen, verstoße gegen das russische Wahlrecht. Google verweist auf die politische Neutralität des Unternehmens. Russland seinerseits beginnt einzelne Angebote von »Google Drive« zu blockieren.
17.09.2021	In Russland beginnt die dreitägige Wahl zur Staatsduma. Die ersten Wahllokale öffnen im Gebiet Kamtschatka und im Autonomen Kreis der Tschuktschen. Die Bürger:innen des Landes wählen neben 450 Abgeordneten außerdem Gouverneure von neun Subjekten und 39 Regionalparlamente. Einwohner:innen von Moskau, Sewastopol und der Oblasten Nischni Nowgorod, Kursk, Jaroslawl, Murmansk und Rostow können digital abstimmen. Zudem können Einwohner:innen der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk bei den Wahlen zur Staatsduma online wählen.
17.09.2021	Die App »Smart Voting« von Kremlkritiker und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird aus dem Google Play und App Store in Russland entfernt. Der Kreml teilt mit, dass er »Smart Voting« für schädlich für die Wähler:innen hält. Kremlsprecher Dmitrij Peskow verweist darauf, dass die Anwendung in Russland illegal sei. Kurz darauf blockiert die Videoplattform YouTube ein Video zum »Smart Voting«, teilt Nawalnyj mit. Außerdem blockiert der Kurznachrichtendienst Telegram einen Bot zu Nawalnyjs Wahlkampagne.
17.09.2021	Während der Wahltage werden immer wieder Unregelmäßigkeiten bis hin zu Wahlbetrug gemeldet. Die Wahlkommission von Sewastopol dementiert Berichte, wonach nach Schließung eines Wahllokals nach 20 Uhr noch Wahlzettel eingeworfen worden seien. Ein ähnlicher Verdacht war aus Balaschicha in der Oblast Moskau gemeldet worden. In St. Petersburg soll ein Mitglied der Wahlkommission Stimmzettel eingesteckt haben. In Perm werden Stimmzettel mit einem von den Wahlen zurückgezogenen Kandidaten ausgegeben. Die Zentrale Wahlkommission Baschkiriens prüft Beschwerden, dass Wahlbeobachter:innen keinen Zutritt zu Wahllokalen bekommen hätten. In Krasnojarsk wird ein Kandidat für die Staatsduma von den Stimmzetteln gestrichen.
17.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin stimmt bei den Parlamentswahlen aus seiner Residenz in Nowo-Ogarewo ab, da er sich noch in Quarantäne befindet. Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin votiert ebenfalls online aus dem Regierungssitz im Weißen Haus.
18.09.2021	Auch am zweiten Tag der Wahl der Staatsduma werden Unregelmäßigkeiten gemeldet. Die staatliche Wahlkommission dementiert, dass illegal Stimmzettel im Kuzbass in der Oblast Kemerowo ausgefüllt worden seien. In Balaschicha in der Moskauer Oblast werden Stimmzettel für ungültig erklärt. In insgesamt fünf Regionen der Russischen Föderation werden der staatlichen Wahlkommission zufolge »aus verschiedenen Gründen« mehr als 6.000 Stimmzettel für ungültig erklärt. Die Nachrichtenagentur Interfax meldet, dass der Wahlkommission 137 Beschwerden aus 45 Regionen über mögliche Nötigung zur Wahl vorlägen. Die KPRF legt bei der Zentralen Wahlkommission Beschwerde wegen möglicher Verstöße bei den Wahlen ein.
19.09.2021	Die Zeitung »Nowaja Gaseta« meldet einen Hacker-Angriff auf ihre Internetseite und nach Wiederherstellung der Seite einen erneuten Angriff. Zeitweise ist die Online-Präsenz der Zeitung während der Wahl zur Staatsduma nicht erreichbar. Zuvor hatte die Leiterin der staatlichen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, ebenfalls von Hackerangriffen berichtet. Sie kämen aus den USA, Deutschland, Russland, China und der Ukraine und würden während der Digitalabstimmung auf ein Portal der Staatsdienste durchgeführt. Außerdem greifen Hacker das Moskauer Online-Wahlssystem an.
19.09.2021	Das nordossetische Parlament wählt Sergej Menjailo zum Präsidenten der Republik. Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin ein Dekret über den vorzeitigen Rücktritt des Vorgängers in Nordossetien, Wjatscheslaw Bitarow, erlassen.

19.09.2021	Am dritten und letzten Tag der Wahl zur Staatsduma werden weitere Wahlverstöße bekannt, unter anderem in St. Petersburg und Pjatigorsk (Region Stawropol). Wegen verschwundener Wahlzettel in einem Wahllokal in St. Petersburg ermittelt die Polizei. Dort sind der Nachrichtenagentur Interfax zufolge 700 Stimmzettel abgegeben worden, während nur 242 Personen abgestimmt hätten. In Pjatigorsk etwa wird eine Überwachungskamera in einem Wahllokal mit einem Lappen abgedeckt. Der dortige Wahlleiter wird später entlassen. In Adygeja im Kaukasus sei nach der Einmischung in einem der Bezirke ein Strafverfahren eröffnet worden, teilt der Chef der dortigen Wahlkommission mit. Demnach wurde nach Manipulation einer Wahlurne eine weitere aufgestellt. Die Chefin der staatlichen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, teilt mit, dass nach Verstößen in der Republik Adygeja, Brjansk und der Oblast Kemerowo die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen entlassen wurden. Insgesamt seien 7.465 Stimmzettel in 45 Wahllokalen aus verschiedenen Gründen für ungültig erklärt worden, sagt Pamfilowa.
19.09.2021	Der US-Tech-Konzern Google blockiert Listen mit russischen Kandidat:innen auf »Google Docs«. Diese hatte der inhaftierte Oppositionsführer Alexej Nawalnyj erstellt, um in der »Smart Voting-Kampagne« eine alternative Wahl zu ermöglichen und so Kreml-nahe Politiker:innen bei den laufenden Wahlen zu besiegen. Die Opposition um Nawalnyj wertet den Schritt von Google als Nachgeben gegenüber russischen Behörden.
19.09.2021	Der Präsident der russischen Telekom »Rostelekom«, Michail Oseewskij, meldet insgesamt 19 Hackerangriffe auf staatliche Internetressourcen im Zusammenhang mit der Duma-Wahl. Diese hätten unter anderem der Zentralen Wahlkommission aber auch der Internetseite der Stadt Moskau gegolten, teilt Oseewskij der Nachrichtenagentur Interfax zufolge mit.
20.09.2021	Die US-Regierung und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell üben Kritik an der Wahl zur russischen Duma. Vor und während der Wahl hätten Maßnahmen gegen Oppositionspolitiker:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien zugenommen. Russland weist die Kritik zurück.
20.09.2021	Die russische Regierungspartei »Einiges Russland« erhält nach Angaben der Zentralen Wahlkommission bei der Wahl zur Duma 45,1 Prozent der Stimmen und mit 315 Sitzen die verfassungsgebende Mehrheit im Unterhaus. Die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF) gewinnt 21,86 Prozent, die »Liberaldemokratische Partei Russlands« (LDPR) 8,36 Prozent, »Gerechtes Russland – Patrioten – Für die Wahrheit« kommt auf 7,42 Prozent. Die Partei »Neues Volk« zieht mit 6,35 Prozent der Stimmen in die Duma ein. Die KPRF teilt mit, dass sie die Auszählung nicht anerkennen will, da sie benachteiligt worden sei.
20.09.2021	Die KPRF gewinnt in der Oblast Sacha (ehemals Jakutien). Daraufhin teilen »Einiges Russland« und die Partei »Gerechtes Russland - für die Wahrheit« mit, gegen den Sieg der KPRF Berufung einlegen zu wollen. In Chabarowsk gewinnt die LDPR. »Einiges Russland« gewinnt die Wahlen zur Staatsduma in allen Regionen Sibiriens.
20.09.2021	Acht Parteien ziehen nach der Duma-Wahl vorläufigen Hochrechnungen zufolge in das russische Parlament ein: »Einiges Russland«, die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation«, die Partei »Gerechtes Russland«, die »Liberaldemokratische Partei Russlands«, »Jabloko«, die »Partei des Wachstums«, die »Bürgerplattform« und die »Rodina«-Partei. »Nowye Ljudi« (dt.: »Neue Leute«) erwartet mit 13 Sitzen der erstmaligen Einzug in die Duma.
20.09.2021	Bei einem Amoklauf durch einen Studenten an der Universität von Perm in Westsibirien werden sechs Menschen getötet und mehrere Dutzend verletzt. Der Angreifer wird festgenommen.
20.09.2021	Russland und China halten Militärübungen an der Grenze zu Kasachstan ab. In der Region Orenburg würden von 20. bis 24. September unter dem Namen »Friedensmission 2021« Anti-Terror-Übungen absolviert, teilt die Nachrichtenagentur Tass mit. Daran seien erstmals auch belarussische Einheiten beteiligt, Hintergrund sei auch der Rückzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan.
20.09.2021	Nach der Wahl zur russischen Duma teilt das regierungsnahe Projekt »Independent Public Monitoring« mit, dass 400 Nachrichten mit angeblichen Wahlverstößen eingegangen seien. Es habe keine groben Verstöße gegeben, die die Abstimmungsergebnisse beeinflusst hätten, sagte Alexander Brod, Vorsitzender des Projekts. Auch die Beobachtermision der mit Russland befreundeten GUS-Staaten und der Kreml selbst kommen zu dem Schluss, die Wahl sei »offen und wettbewerbsfähig« abgelaufen. Die Wahlbeobachtungsorganisation »Golos« widerspricht dieser Auffassung und berichtet von 4.600 Verstößen, die der Organisation gemeldet worden seien. Es habe Fälle von Wahlzwang und Mehrfachabstimmungen gegeben, ganze Stapel von Wahlzetteln seien in Urnen geworfen worden. Unterdessen teilt der Untersuchungsausschuss der Russischen Föderation mit, dass er Voruntersuchungen zu Wahlverstößen eingeleitet habe.
20.09.2021	Ramzan Kadyrow erreicht bei der Wahl zum Präsidenten Tschetscheniens 99,7 Prozent der Stimmen.
20.09.2021	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin teilt mit, dass alle seine Kandidaten bei den Wahlen zur Duma gewonnen hätten. In Moskau fanden Wahlen in Wahllokalen und mittels Online-Wahl statt. Rund zwei Millionen Wähler:innen haben der Nachrichtenagentur Interfax zufolge elektronisch abgestimmt.

20.09.2021	Auf der Krim, Kalmückien und St. Petersburg werden die Abstimmungsergebnisse in drei Wahllokalen annulliert .
20.09.2021	Nachdem in einer Strafkolonie in Angarsk in der Oblast Irkutsk Inhaftierte in Hungerstreik gegangen sind, prüft die Staatsanwaltschaft die Vorwürfe der Haftzustände. Laut einem Bericht, hat die dortige Verwaltung den Schutz und die Isolierung der Gefangenen nicht vollständig gewährleistet, und diese nicht ausreichend kontrolliert.
20.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin verlängert das Lebensmittelembargo für Lieferungen aus Ländern, die antirussische Sanktionen verhängt oder unterstützt haben bis 2022. Es betrifft unter anderem Importe aus den USA, der EU, Australien, Norwegen und Kanada sowie Albanien, Montenegro, Island, Liechtenstein, der Ukraine und Großbritannien.
22.09.2021	In St. Petersburg hat die Wahlkommission die Ergebnisse bei der Wahl zur Staatsduma in sieben Wahllokalen, bei der Wahl zum Regionalparlament (der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg) in sechs Wahllokalen für ungültig erklärt.
22.09.2021	Die russische Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor« teilt den Internetunternehmen Facebook, Twitter, Instagram, TikTok, Likee, Youtube, VKontakte und Odnoklassniki mit, dass sie in das Register der sozialen Netzwerke aufgenommen wurden. Plattformen in diesem Register sind zur Selbstkontrolle und -beschränkung von Inhalten verantwortlich, sobald diese der russischen Gesetzgebung widersprechen. Das beinhalten u. a. das Löschen von Inhalten, die Rechenschaftspflicht der Plattformen gegenüber »Roskomnadsor« und das Weitergeben interner Daten.
24.09.2021	Die Regierungspartei »Einiges Russland« erhält nach der Duma-Wahl erneut die absolute Mehrheit und bekommt 324 von 450 Sitzen im Parlament und damit 19 weniger als bei den Wahlen 2016. Zweitstärkste Kraft wird die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« mit 57 Sitzen (+15 im Vergleich zu 2016). Die »Liberaldemokratische Partei Russlands« (LDPR) erhält 21 (-18 Sitze), die Partei »Gerechtes Russland« 27 (+4 Sitze). Die Partei »Nowye Ljudi« 13 und ist erstmals in der Duma vertreten. Die »Bürgerplattform« kommt auf einen Sitz (unverändert), wie »Rodina« ebenfalls auf einen (unverändert) und die »Gruppe des Wachstums« (+1). Sonstige (Unabhängig) erhalten fünf Sitze (+4).
24.09.2021	Die Wahlbeteiligung bei den Duma-Wahlen 2021 in der Russischen Föderation betrug 51,72 Prozent, das teilt die Leiterin der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, mit.
24.09.2021	Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation teilt mit, dass sie keine signifikanten Abweichungen bei den Ergebnissen der digitalen Abstimmung festgestellt habe. Auch der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass die Wahlen zur Staatsduma gesetzeskonform abgelaufen seien. Die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« und »Jabloko« wollen die Wahlergebnisse anfechten, die Zentrale Wahlkommission weist das zurück.
25.09.2021	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bestätigt während der UN-Generalversammlung in New York, dass sich malische Behörden zur Terrorismusbekämpfung an ein »russisches privates Militärunternehmen« gewandt hätten. Nachdem bekannt geworden war, dass malische Behörden Kontakt mit der russischen Söldnergruppe »Wagner« aufgenommen hatten, teilt Dmitrij Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, mit, dass das russische Militär auf dem Territorium Malis nicht präsent sei und Moskau keine offiziellen Verhandlungen in Mali führe. Peskow reagiert damit auf die Bitte des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian, in der Sache Stellung zu nehmen. Frankreich und Deutschland hatten mit Abzug ihrer Truppen aus dem westafrikanischen Land gedroht, sollten die Behörden mit der Söldnertruppe kooperieren. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters von einem »Millionenvertrag« zwischen den beiden Seiten berichtet.
25.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich mit den Führern der in die Duma einziehenden Parteien und den neu gewählten Gouverneuren.
26.09.2021	Nach der Wahl zur russischen Duma ruft die Kommunistische Partei Russlands zu Protesten gegen Wahlfälschung auf. In Moskau gehen etwa 1.000 Menschen am Wochenende nach der Wahl auf die Straße; auch in Jekaterinburg wird demonstriert.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Clara Lipkowski

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Leonie Eckl
Chronik: Clara Lipkowski
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>